

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Davlíkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 10,- Kč, Telefon 6703, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120,- SK, für Deutschland 16,- Mk. Postpartasskonto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die Katastrophe des Gewaltfriedens.

In der Hoffnungslosigkeit fünfjährigen Kriegsführens, nicht endenwollender Not, im Hinblick unterernährter rhachitischer Kinder hat uns eine letzte Hoffnung aufrecht erhalten; daß der Friede uns wieder eine Zeit bringen wird, wo das Leben wert sein wird, gelebt zu werden, wo wenigstens das färgliche Maß an Ruhe und Kultur, das die Arbeiterklasse in den Jahren der Vorkriegszeit der kapitalistischen Ordnung abgetrotzt hat, uns wieder geschenkt sein wird. Als der Krieg mit dem Zusammenbruch der bisher herrschenden Mächte geendigt hatte, als das Proletariat im Volksgedult seiner Kräfte größer Rechte sich erkämpfte, als es bis dahin besessen hatte, da glaubten wir wirklich, eine bessere Zeit sei gekommen. Aber die mächtigen Sieger im Weltkrieg, die Clemenceau und Lloyd George verachteten darauf, dem scheiterten Deutschland gegenüber Großmütigkeit zu sein. Für das Recht der Demokratie und der kleinen Völker waren sie in den Krieg gezogen, so hat es wenigstens geheißt, und als der Sieg erfochten war, trat der brutale Imperialismus an die Stelle aller Verheißungen. Die furchtbare Katastrophe, die die Männer über die Welt gebracht haben, welche den Frieden erst vor Augen, da wir hören, daß man für eine tschechoslowakische Krone in Wien mehr als hiezig deutschösterreichische zahlen muß und daß in Berlin die tschechische Krone mit fast drei Mark bewertet wird. Schon der Krieg hat die Produktionskräfte der Länder der ehemaligen Mittelmächte vollständig zerrüttet, hat uns der besten Arbeitskräfte beraubt, die auf den Schlachtfeldern Flanderns und in Rußland zu Grunde gegangen sind, hat unseren ganzen Produktionsapparat vernichtet, eine entsetzliche Warenknappheit hervorgerufen, Hunger und Not über uns gebracht. Der Gewaltfriede von Versailles hat Deutschland noch dazu die ungeheuerlichsten Reparationsverpflichtungen auferlegt, die Jahr für Jahr in die Milliarden Goldmark gehen, er hat Deutschösterreich den Anschluss an Deutschland verweigert und dadurch ein unmögliches Staatsgebilde geschaffen, dessen Währung seit dem Friedensschluß unaufhaltbar sinkt und brinn nahe keinen Wert mehr hat. Schon jetzt schließt kein ausländischer Geschäftsmann mit Deutschösterreich Geschäfte ab, wobei in österreichischen Kronen gezahlt wird, sondern verlangt Zahlung in fremder Währung. In den großen Geschäften der Wiener Hauptstragen, die an Wiederverkäufer Waren abgeben, weigern sich die Firmeninhaber das deutschösterreichische Geld anzunehmen, und wie lange wird es dauern, wird überhaupt niemand mehr in Wien für österreichische Kronen verkaufen wollen. Das Bild des furchtbaren Währungsseindes, das wir bisher in Oesterreich gesehen haben, scheint nun auch Deutschlands Schicksal zu sein. Seit Wochen sinkt die Mark, in den letzten Tagen aber ist der Kurssturz unheimlich geworden. Es bedeutet aber für die Weltwirtschaft etwas ganz anderes, wenn die Währung eines Landes mit hiezig Millionen Einwohnern, dessen wirtschaftliche Verhältnisse eng verflochten mit denen des Weltmarktes sind, dem Nullpunkt zustrebt, als wie bisher die Währung eines Gebirgslandes von sechs Millionen Einwohnern. In die deutsche Katastrophe droht die ganze Welt mit hineingerissen zu werden und schon erheben sich Stimmen in England, die den Bankrott Deutschlands für das nächste Jahr prophezeien, während die

chauvinistische Presse Frankreichs behauptet, der Marksturz sei ein tückisches Manöver der deutschen Staatsmänner, um die Unmöglichkeit der Erfüllung der Versailler Friedensbedingungen aufzuzeigen und sich der Zahlungspflicht Frankreich gegenüber zu entziehen. Die Gewinnjucht der englischen und insbesondere der französischen Bourgeoisie, die gebendet sind von den Ausschüften der deutschen Goldmilliarden, gerät in Widerspruch mit den Bedürfnissen der gesamten Weltwirtschaft, die Habgier der Kapitalisten kommt in Gegensatz zu den Notwendigkeiten der gesamten Kultur und bedroht das Menschengeschlecht mit Anarchie und Untereung. Durchdrachte hat sich der Kapitalismus im Weltkrieg entfaltet, über Berg von Leichen, über den Wohlstand ganzer Erdteile ist er erbarungslos hinweggeschritten. Nun sehen wir aber, daß der Kapitalismus auch im Frieden die Entwicklung der Kultur menschheit bedroht. Er treibt die Preise der Rohstoffe durch die Entwertung der Währungen immer höher hinauf — Anfang November haben in Deutschland die Großhandelspreise das siebenwanzigfache der Friedenshöhe erreicht und steigen weiter — so daß kein Mensch weiß, was er für seinen Lohn morgen zu kaufen bekommt. Die Unsicherheit der Verhältnisse macht allen denjenigen, die gerade nicht Schieber und Wucherer, Grundbesitzer oder Fabrikanten sind, das Leben zur Qual. Das Kapital will keine Wohnungen bauen, tausende von Familien müssen auf alle Annehmlichkeiten eines eigenen Heims verzichten. Die durch die Entwertung der Währungen geschwächte Kaufkraft der besiegten Länder gefährdet die Wirtschaftsentwicklung der Siegerstaaten; in England und Amerika, in Holland und in der Schweiz wächst die Arbeitslosigkeit immer mehr, auch die Arbeiter dieser Länder leiden unter der hemmungslosen Profitjucht

der die englische und französische Bourgeoisie repräsentierenden Sieger. In der Entwicklung der Menschheit seit dem Ariensende erleben wir neuerlich den uns von Marx geschilderten zweiseitigen Charakter des Kapitals. Einerseits sucht die siegreiche Bourgeoisie des Westens sich Deutschlands Arbeit durch die Erzwingung der Reparationen untertan zu machen, sucht sie nicht nur den Mehrwert der Arbeitsklaffen der eigenen Länder, sondern auch den der deutschen Proletarier einzufrieren, die ganze Welt ökonomisch auszubeuten. Andererseits aber ruiniert sie dadurch Deutschlands Wirtschaft und durch die Schwächung von Deutschlands Kaufkraft die eigene Weltwirtschaft. In seiner maßlosen Gier nach Gewinn untergräbt der Kapitalismus die Grund seines hemmungslosen Ausbeutungsdraons offenbar er den Arbeitern der ganzen Welt sein materielles Gesicht und weilt sie zum Kampfe auf gegen eine Gesellschaftsordnung, die einzigen wenigen Wohl, Reichum und alle Schätze der Erde schenkt, ignoriert alle Bedürfnisse geistiger und materieller Kultur zugänglich macht, während er den anderen nur graues Elend und unheiliger Not bietet. Deshalb wächst überall, wo Menschen wohnen, immer mehr die Erkenntnis, daß dieses mit dem Fische des Krieges und unzumutlicher Ausbeutung auch im Frieden verfallene System verwinden und die Welt in eine einzige große Arbeitergemeinschaft verwandelt werden muß, in der jeder die Früchte seiner Mühe und seines Fleißes genießen und in der nicht ganze Völker, wie heute das deutsche Volk, arbeiten müssen, damit den Kapitalisten in Paris, London und New York, den eigentlichen Nutznießern der Gewaltfriedensschlüsse von Versailles und St. Germain die Schmeißquellen alles Reichums auf Erden geöffnet sind.

sen, damit sie dies als Mittel der Agitation ausnutzen können, wie dies der Hg. Spacet behauptet, der auch gesagt habe, daß man auf diese Weise die Schülerzahl künstlich vermehre. Solche Argumente machen eine Verständigung der Nationen unmöglich. Redner gibt zu, daß dem tschechischen Volke im alten Oesterreich manches Unrecht zugefügt wurde, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, aber er warnt davor, daß man in der tschechoslowakischen Republik die Methoden des alten Oesterreich gegen die anderen Nationen anwende. Die Geschichte lehre, daß jede Nation, welche eine andere Nation unterdrückt, sich selbst schadet. Es ist unrichtig, daß das deutsche Volk ausreichend mit Schulen versorgt ist; das Gegenteil ist richtig, denn im deutschen Sprachgebiet ist das Schulwesen noch nicht so ausgebaut, wie das tschechische wäre. Andererseits ist es allerdings begründet, wenn die Tschechen die Deutschen überreffen wollen. Sie werden damit erst dann ein Verständnis für die anderen Nationen haben, bis ihre eigene Schulbedürfnisse vollkommen befriedigt sind. Jeder Aufwand nach dieser Seite wird dadurch unnützig werden, daß schließlich eine Verständigung der Völker eintritt muß. Der Redner schildert dann, indem er seine Behauptungen durch die Taten der Budgets begründet, wie schlecht die deutschen gegenüber den tschechischen Hoch- und Mittelschulen dastehen. Er beklagt sich über die Unterdrückung der deutschen Schulen, der drei Prozent der deutschen Schulen zum Spire gefallen sind und stellt den Antrag, daß eine gemischte Kommission die Schülerzahl in den Schulen feststellen solle. Er verlangt weiters, daß die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen auf dreißig herabgesetzt und das Gehen der Parität durchgesetzt werde. Ferner fordert er die nationale Autonomie, die Trennung von Kirche und Staat, die Einführung der Einheitswährung, wie überhaupt eine gründliche Modernisierung des Schulwesens.

Schulhege im Budgetauschusse.

In der geistigen Sitzung des Budgetauschusses, der sich mit dem Zehnjahresplan beschäftigte, erbat Abgeordneter Erdinko (tschechischer Agrarier) Bericht über den Stand der Schulangelegenheiten und bemühte sich, das deutsche Schulwesen wenigstens in seinem Referate zu vertritt. Nach weitläufigen statistischen Beiträgen, deren Unkorrektheit wir noch nachweisen werden, verweist er unter anderem auf einen „Beschluss“ der Nationalversammlung, nach welchem angeblich die langsame Verschmelzung der Trümmer deutschen tschechischer Hochschulen mit der Prager deutschen tschechischen Hochschule ins Werk gesetzt werden soll. Er behauptet, daß der tschechische Staat seinen deutschen Mittelschulen einfach für Ausländer erhalte und behauptet weiters, daß außer in Prag nicht eine einzige deutsche Mittelschule geschlossen wurde, wobei Herr Erdinko zum Beispiel Pilsen verweist. Er konstatiert, daß auf eine tschechische Handelsschule 30 Schüler, dagegen auf eine deutsche nur 31 Schüler entfallen und daß in Bezug auf Gewerbeschulen die Deutschen besser bestellt seien, als die Tschechen. Er behauptet auch in geradezu lägenhafter Weise, daß in deutschen Gewerbeschulklassen 69 Proz. Ausländer seien. Dadurch hätten die deutschen Gewerbeschulen eine günstigere Lage als die tschechischen. Das an den Tschechen im tschechischen Staate begangen wird, auch auf die Betrachtung der Volksschulverhältnisse. Der Berichterstatter lenkt weiters sein Augenmerk auf den unergieblichen Stand des Pilsener tschechischen Theaters.

weise immer der Grundgedanke unseres Schulwesens zuwende, das ist „unser nationales Schulwesen“. Die Schulverwaltung sei bestrebt, das Niveau der Nationalschulen zu heben. In diesem Zwecke vermindert man die Schülerzahl in den Klassen und führt Bürgerkunde und Morallehre ein. Er bedauert, daß Politik in die Schule getragen werde, ebenso gehören in die Schule keine religiösen Auseinandersetzungen. Die Schule habe interkonfessionell zu bleiben. Er be sprach hierauf den Versuch mit der achtklassigen Einheitsmittelschule. Nach Erwägung der Entwicklung der Pilsener Universität kommt er zur Besprechung des Volkshilfswesens, zu dessen Ausbau zu wenig finanzielle Mittel verwendet werden. Es müsse ein Ausgleich zwischen den finanziellen Möglichkeiten und den idealen Forderungen getroffen werden. Bezüglich der Trennung von Kirche und Staat verweist er auf die Regierungsberatung des Ministerspräsidenten. Besonders dankt der Herr Minister dem Herrn Berichterstatter Erdinko, der in einem anerkent „objektiven“ Referat den Stand der Schulangelegenheiten behandelt habe.

Hierauf spricht der Abgeordnete Bedol (deutscher Christlichsozialer) und der Abgeordnete Spacet (Nationaldemokrat), der in gewohnter Weise gegen das deutsche Schulwesen beht.

Hg. Tark (deutscher Sozialdemokrat) vollmündert zuerst gegen das tschechische Referatmaterial des Berichterstatters. Es wäre gut gewesen, wenn dieses Material veröffentlicht worden wäre, da dann die Möglichkeit bestanden hätte, es richtig zu stellen. Er protestiert gegen die Behauptung, daß die Deutschen die Schüler in die höheren Klassen aufsteigen las-

Als letzter Redner in der Nachmittags Sitzung kommt Abgeordneter Remece zu Wort. Um acht Uhr abends wird die Sitzung des Budgetauschusses wieder aufgenommen.

Der Zusammenbruch einer Idee.

(Zajuh.)

„Besser als alle anderen Beispiele wird die Entwicklung der Rolle des Geldes in der Tschechoslowakischen Republik, welche ungeheuerliche Zerschlagung der gesamten tschechischen Volkswirtschaft durch die übertriebene Zerstörung und Verringerung der Wirtschaftsmittel der privatkapitalistischen Wirtschaft erwuchs. Die Zersplitterung ging von der an sich richtigen Auffassung aus, daß in einer sozialistischen Wirtschaft das Geld überflüssig sei. Der Staat übernimmt alle wirtschaftlichen Funktionen. Jeder stellt seine gesamten Fähigkeiten in den Dienst der Gesamtheit, die dafür die Verpflichtung übernimmt, ihn mit allem zu versorgen, was er braucht. Daraus resultierte das Bestreben, alle Post-, Eisenbahntarife usw. abzuschaffen, sämtliche Institutionen des Staates der Bevölkerung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Lebensmittel- und Bekleidungsversorgung erfolgte ebenfalls durch den Staat, wer arbeitete, bekam — theoretisch — das zum Lebensunterhalt Notwendige, der nichtarbeitende, seiner Gewerkschaft angehörende Bourgeois mußte sich alles im Tauschhandel erwerben. Die Lomirage durfte so keine allzu große Rolle spielen, was der Arbeiter an Lohn erhielt war — ebenfalls theoretisch — nur sein Tauschgeld zur Beschaffung von Spezialwaren, die der Staat vorzuziehen nicht erziehen konnte. Das Geld war so von staatswegen zum Absterben verurteilt. Wenn infolge der staatlichen Lebensmittelversorgung ein Warenmangel eintrat, der die Preise ins Ungemessene steigen ließ (welche Tendenz festgestellt wurde

Unrichtig ist auch die Behauptung, daß die Aufmerksamkeit sich natürlich

durch den Vorkauf der Bauern), so war das durchaus nichts, was für die Sowjetherrschaft Grund zur Beunruhigung bot. Je höher die Preise, umso höher der Wertnotenumsatz, je entwerteter es war, umso nutzloser mußte sein Besitz dem Einzelnen erscheinen. Das Geld fragte sich buchstäblich auf, die Marx'sche Werttheorie erlebte ihre gloriose Bestätigung. An die Stelle des kapitalistischen Vermeßers Geld hatte die Arbeit zu treten.

Das war die Theorie des russischen Kommunismus. Daß sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht verwirklichtbar war, mußte jedem volkswirtschaftlich und psychologisch geschulten Menschen klar ersichtlich sein. Die ungeheuerliche, konsequent gemessene Inflationspolitik der Sowjetregierung hat das Geld nicht befestigt, sondern infolge der Zerrüttung des Geldwesens und der dadurch bewirkten Ausschaltung des wirtschaftlichen Austauschmittels, die russische Wirtschaft, um es milde auszusprechen, an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Wehr von der ursprünglich geplanten und veranschaulicht durchgeführte vollständigen Sozialisierung der Industrie und der kommunalwirtschaftlich organisierten Konsumtion und die Rückkehr zum Tausch zwischen den privaten Erzeugern, mußte naturgemäß wieder dazu führen, das alte Tauschmittel Geld wieder zu vermissen. (Wir bemerken ausdrücklich, daß wir uns hier nur auf die innerwirtschaftlichen Probleme beschränken und in diesem Zusammenhang die Außenwirtschaft, wie sie sich in den ausländischen Konzessionen, dem Außenhandel usw. ausdrückt, von der in den letzten Tagen teilweise aus rein politischen, sodann aus handelspolitischen und Gründen der momentanen Notsituationen abstrahieren, die in der Hungertatrophe zu suchen sind, erfolglos Anerkennung der zivilistischen Schulden gar nicht zu reden, überhaupt nicht berühren, wobei gerade sie noch in weit stärkerer Weise die Wiederherstellung der alten Geldwirtschaft notwendig macht.) Da aber die Zerrüttung des Geldwesens, die, wie wir noch einmal betonen wollen, nicht aus innerwirtschaftlichen Gründen eintrat, wie etwa in Österreich, sondern ausgehend von der Lenin'schen, sondern der Zerschlagung des ganzen kapitalistischen Apparates bewußt gefördert und durchgeführt wurde, eine so weitgehende ist, daß eine Sanierung des jetzigen Geldes undenkbar erscheint, will die Sowjetregierung nicht eine Dekalvation, d. h. eine Verminderung des derzeitigen Notenumlaufes, sondern eine Denominierung, eine Neuausgabe von Geld durchführen. Es sollen neue Noten ausgegeben werden, die weit bereits mitgeteilt, den zehntausendsten Teil des jetzigen Geldwertes haben, sodas ein neuer Rubel gleich 10.000 alten sein wird. Da nach alten volkswirtschaftlichen Gesetzen das gute Geld das schlechte verdrängt, heißt man, daß das alte, wertlose Geld automatisch verschwinden werde. Um das neue Geld aber wirklich zu einem Wert zu gestalten, muß eine Deckung dafür geschaffen werden, die durch eine neue russische Staatsbank gewährleistet sein soll. Diese Staatsbank wird nach den offiziellen Kostanschlägen mit einem Kapital von zweitausend Milliarden Rubel gegründet werden, was freilich nicht mehr als etwa 180 Millionen Goldfronen entspricht. Da nun aber durch die bisherige Geldpolitik das Vertrauen der Bevölkerung in das Sowjetgeld sehr stark untergraben ist, wird es jedenfalls sehr lange dauern, bis die psychologischen Widerstände gegen das neue Geld überwunden sein und es wieder als allgemein anerkanntes Zahlungsmittel bewertet werden wird.

Die Wiedereinführung des Geldes bedeutet das letzte Glied in der Kette des völligen Bankrotts der kommunistischen Sozialisierungspolitik. Die Anerkennung des Geldes schließt automatisch die Anerkennung der alten kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien in sich. Vor etwa einem Monat tagte in Moskau eine Konferenz für Finanzfragen, die sich mit den Maßnahmen der Stabilisierung der Wäluat befäßigte und wo erklärt wurde, man müsse versuchen, die Einnahmen des Staates in ein gewisses Verhältnis zu seinen Ausgaben zu bringen. Dazu sei die Schaffung eines rationellen Steuersystems und verschiedener Staatsmonopole, sodann die Durchführung des Grundgesetzes der Entgeltlichkeit der staatlichen Leistungen, Ausbau des Bankwesens usw. nötig. Man wird also künftig in Rußland ebenso Steuern zu zahlen haben wie in einem kapitalistischen Staate, muß heute schon wieder die Eisenbahn, die Posttarife erlegen wie andernorts.

Hand in Hand mit der Neuregelung des Geldwesens wird auch eine Neuordnung der industriellen Verhältnisse vor sich gehen. Vor die Pläne, die hier bestehen, äußerte sich vor einiger Zeit Krasin einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“ gegenüber, dem er erklärte, die Finanzierung der Industrie werde man sich in Form einer unmittelbaren Staatsunterstützung. Die Industrie soll noch weiter als bisher zu Trufts ausgebaut werden, die man wie Aktiengesellschaften zu verwalten gedenkt. Die neue Staatsbank, die übrigens eine völlige Unantastbarkeit der Einlagen und damit eo ipso die Anerkennung des privaten Kapitals garantiert, wird allen Industrieunternehmungen Kredit gewähren, ohne Rücksicht darauf, ob sie privat oder genossenschaftlich betrieben werden. Sie wird auch Warenbeleihnungen und ähnliche Geschäfte vornehmen. Die Entfaktualisierung, der Übergang zum Staatskapitalismus, verzeichnet so immer weitere Fortschritte.

Wenn wir diese Feststellungen machen, so nicht deswegen, weil wir etwa die Bedeutung der russischen Revolution für das russische so wohl für das Weltproletariat verkennen. Allein, was die Arbeiterklasse zu verlangen das Recht hat, das ist, daß aus Fehlern, die gemacht wurden, auch eine gewisse Lehre gezogen wird. Die russischen Kommunisten und ihre im Chorus nachplappernden aufherrschlichen Anhänger haben sich ein System der Revolutionarität zu berechtigt, mit dem sie dem Proletariat zu helfen hofften. Das russische Experiment hat in den vier Jahren seines Bestehens den Beweis erbracht, daß die kommunistischen Notwendigkeiten der sozialen Revolution zu erfüllen, sondern daß sie im Gegenteil nur peccatae erdient, die bereits erreichten Erfolge zunichte zu machen. Das, was die russischen Kommunisten im ersten revolutionären Abenteuer planmäßig vernichtet, müssen sie heute unter den ungeheuerlichsten Anstrengungen wieder aufzurichten, um am Ende in langsamem und zäher Aufbaubarbeit das Verfallene schon längst als den einzig möglichen Weg zum Sozialismus erkannt haben: die Anlehnung an

die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse und, statt ihrer Zerrüttung, wie sie die Kommunisten predigen, ihren systematischen Ausbau auf der Bahn zur sozialistischen Wirtschaftsform. Ihre Staatsstrufts, was sind sie denn anders als die gemeinwirtschaftlichen Betriebe, um deren Durchsetzung heute die österreichischen Genossen einen so zähen Kampf führen? Die harten wirtschaftlichen Tatsachen selbst leiten die Kommunisten wieder auf den Weg zurück, den sie als wirkliche Marxisten schon längst hätten gehen müssen. Wir wollen hoffen, daß die Erfahrungen der vier für die Aufbaubarbeit nahezu nutzlos verstrichenen Jahre die russische Revolution auf jene Bahnen leiten werden, die einen Erfolg für den Sozialismus verheißten. Und wir wollen weiter hoffen, daß das internationale Proletariat, gebärde durch die seitherige Entwicklung, die ganze Wohlheit der kommunistischen Phrasen erkennt, sich nicht mehr einfallen läßt durch die Revolutionärsromantik, sondern einseht, daß nur in harter und mühevoller Arbeit, zu der die gewaltige Anspannung aller Kräfte der gemeinsamen Arbeiterschaft beitragen muß, der jahrelange alte Befreiungsraum der Menschheit verwirklicht werden kann.

Nachtlänge zum Karputisch.

Keine Demission der Regierung.

Budapest, 7. November. (N. B.) Wie in politischen Kreisen verlautet, wird die Demission der Regierung, die bekanntlich nach der Votierung der Entbromungsvorlage geplant war, aus verschiedenen außenpolitischen Gründen einen Aufschub erfahren. Samstag abends erschienen über Auftrag des Pariser Botschaftserrates die hiesigen Vertreter der Großmächte beim Minister des Äußern Grafen Banffy und gaben namens ihrer Regierungen dem Wunsch Ausdruck, daß die ungarische Regierung Verfügungen treffe, daß in Zukunft kein Sabotage, auch nicht durch freie Künigswahl, auf den ungarischen Thron gelangen möge. Minister des Äußern Graf Banffy gab zu bedenken, daß es im gegenwärtigen Augenblicke unmöglich sei, diese Forderung in das Gesetz aufzunehmen, da die Nationalversammlung dieses bereits in zweiter Lesung votiert habe. Die Regierung sei jedoch bestrebt, diese Frage in anderer Form zu lösen. Mit Rücksicht auf diesen Umstand und mit Rücksicht auf die Tatsache, daß über die tschechoslowakische und die jugoslawische Demobilisierung noch keinerlei amtliche Meldungen vorliegen, wurde die Demission auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Magyarische Doppelspiele.

Wien, 7. November. (Telegramm des „Sozialdemokrat.“) Die österreichische Regierung hat sich an die Großmächte gewendet, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß sich in den nächsten Tagen Ereignisse vorbereiten, welche den im Benediger Protokoll in Aussicht genommenen Regelungen der westungarischen Frage zuwiderlaufen. Die ungarische Regierung habe nämlich die Absicht, unter Hinweis auf den Rückzug einiger Banden die Basisierung des ganzen westungarischen Gebietes zu konstatieren und acht Tage nach dieser Konstatierung das Plebiszit in Ledenburg vornehmen zu lassen. Die österreichische Regierung verweist in ihrer Note darauf, daß sie einen solchen Vorwand als eine Verletzung des Benediger Protokolls betrachten würde und nicht in der Lage wäre, unter solchen Umständen das Protokoll dem Nationalrate zur Ratifizierung zu empfehlen, falls nicht die Großmächte ihren Einfluß in Budapest ausüben, um die ungarische Regierung zu einer lokalen Haltung zu bewegen und falls sie nicht gleichzeitig an die Generalmission in Ledenburg entsprechende Weisungen ergehen lassen.

Reaktionäre Amnestie Magyarierens.

Wien, 7. November. (Telegramm des „Sozialdemokrat.“) Die Amnestie, die die ungarische

Regierung erlassen hat, ist eine durchaus reaktionäre Maßnahme. Sie erstreckt sich nicht nur auf die Teilnehmer an den jüngsten Putzsch, sondern auch auf die westungarischen Banditen, auf diejenigen, die in den Westmarken zum Zwecke der Verteidigung der Gebietsintegrität Strafhandlungen begangen und schließlich auf diejenigen, welche unter dem Eindruck der allgemeinen Erbitterung gegen die vaterlandslose Revolution gekämpft haben.

Karl kommt nach Funchal.

Paris, 7. November. (Havas.) Als Ausenhaltort Karls und His ist Funchal ausersehen. Anmerkung des H. B.: Funchal ist die Hauptstadt der Insel Madeira, welche schön amphitheatralisch und neben heißen Quellen an einer Bucht gelegen ist. Es ist eine wichtige Station der nach Südamerika und Afrika fahrenden Dampfer. Es herrscht dort ein angenehmes Klima und eine mäßige Jahrestemperatur von 18,8 Grad C.)

London, 7. November. (Havas.) „Daily Mail“ meldet aus Lissabon: Die portugiesische Regierung hat als Bedingung für die Aufnahme Karls auf der Insel Madeira gestellt, daß der Kaiser und seine Familie sich allen portugiesischen Gesetzen unterwerfen müssen.

Verfolgungen von Kerksien.

Budapest, 7. November. (M. A. B.) Die Staatsanwaltschaft hat über den gewesenen Minister des Äußern Dr. Graf, der in den letzten Tagen wiederholten Verhören unterzogen wurde, die Präventivhaft verhängt. Auch in der Provinz sind amtliche Erhebungen in Angelegenheit des Königsbüchses im Zuge. Der Leiter der Polizei in Steinamanger, der anlässlich der Anwesenheit des Königs der Polizei den Eid auf den König abgab, wurde seiner Stelle enthoben und gegen ihn die Untersuchung eingeleitet.

Ungarische Schwindelberichte.

Budapest, 7. November. (M. A. B.) Das M. A. B. meldet aus Steinamanger: In dem abzutretenden westungarischen Gebiete ist der Eisenbahnverkehr gänzlich unterbrochen. Der Postverkehr wird vorläufig mittels Wagen abgewickelt. Die russlandischen Lehren zu ihrer früheren Beschäftigung zurück. Das abzutretende Gebiet kann bereits als geräumt betrachtet werden. Im Absetzungsgebiet befindet sich nur noch eine unter dem Kommando der Entente stehende Brachialgewalt.

Inland.

Unser Lob im Ausland.

Zu gewissen Blättern des Auslandes erzeigen von Zeit zu Zeit Artikel voll des ausdringlichsten Lobes für die tschechoslowakische Republik, ihre Regierungen, ihre Verwaltung und das herrliche Einvernehmen, das zwischen den Völkern des Staates besteht. Die Aufklärung darüber, was diese Blätter zu Bewunderern unserer staatlischen Zustände macht, ließe sich unschwer in gewissen verächtlichen Posten des Budgets, unter dem Kapitel Auslandspropaganda finden. Heute sei an einem Beispiel gezeigt, welcher Art Blätter es sind, die unter Verpulverung der Steuergelder dazu bemüht werden, für die Tschechoslowakei Reklame zu machen. Aus Anlaß des dreijährigen Bestandes der tschechoslowakischen Republik brachten die „Basler Nachrichten“ einen Leitartikel, in dem es so zuging:

„Die neue Ordnung in Europa hat sich als widerstandsfähiger erwiesen, als die Kritiker der Wängel der Friedensverträge voraussehen ließen. Die Propheeten... gründlich geirrt... Kriege sind ausgeblieben... Die tschechoslowakische Republik konnte in verblüffend rascher Zeit die Ordnung im eigenen Hause bestellen...“

stigen Geschäften hervorgeht, welche dieses Blatt macht. Es veranstaltet in jüngster Zeit für Schieber und Spänen sogenannte „Herbstfahrten“ auf die Schlachtfelder von Verdun und ladet dazu in einem Prospekt wie folgt ein:

„Sie besuchen das Ossuatre (Weinhaus) von Thiamont, wo die Ueberreste der noch nicht agnostizierten Gefallenen fortwährend eingeliefert werden... Sie erhalten im besten Hotel von Verdun ein Mittagessen mit Wein und Kasse, Trinkgeld inbegriffen... Sie fahren durch die zerstörten Dörfer ins Festungsgebiet von Bazug mit den riesigen Friedhöfen mit Hunderttausenden von Gefallenen... Sie erhalten in Ihrem Hotel in Bazug ein Diner mit Wein und Kasse, Trinkgeld inbegriffen... Sie werden nach dem Nachtessen im Auto zur Bahn gebracht. Sie fahren im Nachschneitzuge 2. Klasse zurück nach Basel. Alles inbegriffen ist im Preise von 117 Franken! Unvergleichliche Eindrücke! Als Herbstfahrt besonders zu empfehlen!“

Und dieses Schandblatt, das auf die gemeinliche Schaulust eines emarieten Böbels in Seidenkleidern und vornehmen Pelzen spekulierend, mit „Herbstfahrten“ aus den Toten von Verdun Geld macht, wird dazu verwendet, verlogene Schneidereien und Schönfärbereien über unsere Zustände im Auslande zu verbreiten!

Die große Umbenennung in „tschechoslowakischer Sprache.“ Die politischen Bezirksbehörden haben soeben über Weisung ihrer Oberbehörden die Gemeinden aufgefordert, die Benennung von Städten, Gemeinden, Ortschaften und Gassen, sowie die Bezeichnung der Gemeinden mit Ortstafeln im Sinne der Verordnung vom 25. August 1921, Zg. Nr. 321, durchzuführen. Insbesondere wird die sofortige Anbringung von Ortstafeln gefordert. Die politischen Behörden haben dabei nur eines übersehen, nämlich, daß die Gemeinden derzeit keinen Antrags, noch nicht entsprechen können. Nach Art. 6 der Verordnung haben die Aufschriften an den Ortstafeln in der „Staatsprache“ zu erfolgen; nach Art. 7, Abs. 4, haben sich bei doppelt- und mehrsprachigen Tafeln die anderssprachigen Aufschriften unter den tschechoslowakischen Aufschriften zu befinden. Die Gemeinden müssen also wissen, wie ihr Name in „tschechoslowakischer Sprache“ lautet. Dies trifft nicht zu, da nach Art. 1 der Verordnung der Minister des Innern für jede Stadt, Gemeinde und Ortschaft (Ortschaftsteil) den amtlichen Namen, den die „tschechoslowakische Sprache“ auszubildet hat, feststellt. Die bezügliche Kundmachung des bezeichneten Ministers aber bis heute noch nicht erfolgt ist. Wir begreifen, daß es lange Zeit dauert, bis das Ministerium des Innern seinen sprachschöpferischen Akt vollführt hat.

Für sprachlich Einwandfreie. In der 84. Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, eine Revision der Trassen, Bahnrestorationen und Buchhandlungen und anderer Standplätze durchzuführen, die in Gebänden oder auf dem Territorium der Staats-, Landes- oder anderer öffentlicher Ämter oder Unternehmungen betrieben werden. In dieser Resolution heißt es unter anderem: „Betriebsstätten, deren bisherige oder künftige Inhaber sich in sprachlicher und nationaler Hinsicht nicht nach den bestehenden Vorschriften begründeten Beschwerden nach Durchführung der erforderlichen Erhebungen unerbittlich abzugeben.“ Der mehrheitliche Landesausschuß hat nun sofort allen Gemeinden und Stadträten diese Resolution zur „Bemerkung“ mitgeteilt. Der Sinn und Zweck dieser Resolution, die weder Gesetz noch Verordnungskraft hat, ist der, willkürliche Personen, die „sprachlich nicht ganz einwandfrei sind“ um ihr Brot zu bringen und den sprachlich Einwandfreien Pfändern zu schaffen. Diese Resolution des Abgeordnetenhauses ist bezeichnend für seinen Ungeist und die Regamkeit des mehrheitlichen Landesausschusses für die Methoden, die in der mehrheitlichen Landesverwaltung gehandhabt werden.

Zu viel Patriotismus! Das „Pravo Lidu“ appelliert an die Familien und Verwandten der Eingerückten, soweit es ihre Verhältnisse gestatten, im Interesse des Staates auf die Unterhaltbeiträge zu verzichten. Um diese Behauptung zu begründen heißt es u. a.: „Die Republik hat die Mobilisierung durchgeführt nicht mutwillig sondern sich selbst zu schützen angeordnet.“ — Angenommen, daß diese Republik die Mobilisierung, die übrigens noch immer nicht abgebaut wurde, nur zum Zwecke des Selbstschutzes durchgeführt hat, erregt es dennoch Befremden, daß ein Arbeiterblatt, das doch in erster Linie für Arbeiter geschrieben sein soll, sich mit einer so sonderbaren Bitte an seine Leser wendet. Die Arbeiter sollten also auf den Unterhaltsbeitrag verzichten, noch von ihrem fargen Lohne hergeben: das wäre jubel Patriotismus! Wenn einer diese Kosten zu begleichen hat, so ist es nicht die Arbeitererschaft dieses Staates, sondern die tschechische Bourgeoisie und alle, die sich ihr anbiedern.

Der Friede in Mitteleuropa konnte nur deshalb aufrechterhalten werden, weil die Tschechoslowakei von Staatsmännern geleitet war, welche der so naheliegenden Versuchung widerstanden haben, sich ein bisheriges kriegerisches Vorbild zu holen. Tschechoslowakei ist... Friedensinsel geworden... keine Arbeiter... keine Bolschewitenherrschaft... In außenpolitischer Hinsicht der Mittelpunkt einer neuen Gruppierung... Dank der Aufrichtigkeit und Mäßigung der tschechoslowakischen Regierung... sie hat immer die nützliche Rolle der Feuerwehr gespielt... innerer Konsolidationsprozess... Die tschechoslowakische Regierung hatte seit ihrer Gründung das schwierige Problem der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen zu lösen... Natürlich konnte diese Frage nicht in kurzer Zeit gelöst werden. Allein auch hier ist ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen... Der Konflikt ist viel mehr durch menschliche Gegenstände der beiden Völkern zu erklären als durch politische Forderungen... In den letzten Tagen... Wandlung in der politischen Haltung der Deutschen Böhmen eingetreten... Sie werden bei der Durchführung dieses Programms die Hilfe der Regierung finden...“

Was sich das Schweizer Blatt da leistet, ist für den, der die wahren Verhältnisse kennt, mit einem Wort zum Erbrechen. Aber diesen selbst „Basler Nachrichten“ scheint vor gar nichts zu grauen, wie auch aus den so u-

Aus der Internationale.

Die bulgarische Sozialdemokratie.

Aus Sofia wird uns geschrieben: Am 10., 11. und 12. Juli d. J. fand in Sofia der 24. ordentliche Kongress der Bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Im vergangenen Jahre 1920-1921 zählte die Partei 552 Organisationen und Gruppen mit 20.485 Mitgliedern. Im Beginne des vorigen Jahres hat die Partei eine innere Krise durchgemacht. Eine Anzahl von Mitgliedern versuchten die Partei zu bolschewisieren und sie an die Seite der Kommunisten in Bulgarien anzugliedern. Die aus diesem Anlaße entstandenen Streitigkeiten wurden durch ein Referendum für und gegen die Thesen, die Taktik und die bekannten 24 Punkte beendet. Mit fast absoluter Mehrheit sprach sich die Partei gegen die Dritte Internationale aus und blieb den Prinzipien der Sozialdemokratie treu. Aus der Partei traten im ganzen 550 Mitgliedern aus.

Im vergangenen Jahre wurden innerhalb der Partei: „Der Bund der Sozialdemokratischen Frauen“ und „Der Bund der Sozialdemokratischen Jugend“ gebildet. Der Bund der sozialdemokratischen Frauen zählt 26 Gruppen mit 1115 Mitgliedern, während der Bund der Sozialdemokratischen Jugend 23 Vereine mit 1398 Mitgliedern hat. Der Bund der sozialdemokratischen Frauen hat vor drei Monaten mit der Herausgabe einer eigenen Zeitschrift „Wohlfahrt“ (Wohlfahrt) begonnen, die zweimal wöchentlich zu je 8 Seiten erscheint und in rund 4000 Exemplaren verbreitet wird. Im September d. J. wird auch der Bund der sozialdemokratischen Jugend mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung beginnen.

In sehr regelmäßigen und brüderlichen Beziehungen mit der sozialdemokratischen Partei steht die „Konföderation der Arbeit“. Die letztere umfaßt rund 25.000 Staats- und Privatarbeitende, die in folgenden professionellen Verbänden organisiert sind: Der allgemeine Gewerkschaften-Arbeiterverband, der Lehrerverband, der Eisenbahnerverband, der Verband der Post- und Telegraphenangestellten, der Verband der Staatsbediensteten, der Verband der Angestellten bei den Wahlinstitutionen, der Verband des Sanitätspersonals, der Verband der Bankbeamten, der Verband der Finanzbeamten, der Verband der Beamten und Angestellten der Privatbanken.

Nach dem erfolglosen Eisenbahnstreik im vorigen Jahre, waren die Bemühungen der Arbeitskonföderation im diesen Jahre darauf gerichtet, die Koalitionsrechte der Staatsbeamten zu wahren. Alle Berufsverbände geben eigene Zeitungsorgane heraus, die rund in 32.000 Exemplaren verbreitet werden.

Bedeutende Erfolge hat die sozialdemokratische Konsum-Genossenschafts-Bewegung aufzuweisen. Die Arbeiter-Genossenschaftszentrale „Rapred“ umfaßt im laufenden Jahre 110 Konsumgenossenschaften mit 53.000 Mitgliedern, 12.000.000 Levas Grundkapital und hatte einen Umsatz, der sich auf 177.541.000 Levas belief. Die Arbeiter-Konsumgenossenschaft in Sofia hat in der Hauptstadt 12 Läden und 2 Brotbäckereien.

Außer dem zentralen Parteiorgane „Narod“ und der Parteizeitschrift „Sozial-Demokrat“ erscheinen im Land: 6 sozialdemokratische Parteizeitungen. Die Partei besitzt in Sofia eigene

Gebäude: Druckerei und Buchhandlung. Während den letzten sechs Monaten hat die Partei von freiwilligen Gaben der Mitglieder einen Agitationsfond von einer halben Million gesammelt.

Der vierundzwanzigste ordentliche Kongress der Bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ergeht entschiedenen Protest gegen den bürgerlich-kapitalistischen und russisch-bolschewistischen Imperialismus, gegen die brutale Unterdrückung und Verraubung der Freiheit der nationalen Minoritäten und der nationalen Unabhängigkeit der kleinen Nationen wie Island, Schlesien, in den Ländern des ehemaligen Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Thrazien, Mazedonien, im Gebiet von Zaribrod und Bosnien, Dobrußja, Georgien, Armenien, Palästina und andere Gegenden. Der Kongress erachtet es für seine sozialdemokratische Pflicht, daran zu erinnern, daß wirkliche nationale Freiheit und Unabhängigkeit nur nach dem energischen Kampfe gegen den Imperialismus, woher er auch kommen mag, und beim Triumph des sozialistischen gesellschaftlichen Regimes einreten kann.

Ausland.

Der bayerische Monarchismus.

„Der König ist tot! Es lebe der König!“ Der alte, französische Satz muß einem einfallen, wenn man Berichte über die jüngsten Vorgänge in Bayern liest. Das Begräbnis des verstorbenen Königs Ludwig, der in der Geschichte zweifellos als einer der ärgsten und törichtesten Kriegsheer fortleben wird, gestaltete sich nicht zu einer Trauerkundgebung der Familie, sondern zu einem Bekenntnis aller bayerischen Staatsbehörden zur Monarchie. Alle Ämter, Gerichte und Schulen blieben geschlossen, die nicht-sozialistischen Mitglieder des Landtages und die Minister gingen zwischen einem Spalier von Reichswehrgenossen hinter dem Sarge her. Am meisten aber gibt zu denken, daß die amtliche „Korrespondenz Hoffmann“, ja daß die „Bayerische Staatszeitung“ eine „Proklamation“ von Ludwigs Sohn Rupprecht in auffallendem Druck zu verbreiten wagten. Amtliche Preßorgane des Freistaates Bayern gaben sich dazu her, ein Schriftstück abzufragen, in welchem das neue Oberhaupt einer entthronten Familie die Weimarer Verfassung angreift und beschimpft; in welchem er, entgegen seinem vor drei Jahren gegebenen Wort, Bayerns republikanischer Staatsform den Krieg ansetzt und feierlichst Anspruch auf den Königsstern erhebt. Eine ärgere Verhöhnung des republikanischen und des Reichsgedankens, als sie sich die „Staatszeitung“ als getreue Handlangerin eines Staatsfeindes leistet, ist gar nicht zu denken, deren Rupprechts Rundgebung peitscht alle separatistischen Instinkte der klerikalen Bajuwaren zur Reidenhaft auf. Der Einheit Deutschlands sitzt der Wurm im Marke. Das Proletariat sollte die Zeichen der Krankheit sehen und auf der Hut sein! Die Vorstöße der Reaktion häufen sich besorgniserregend, ein Generalangriff scheint im Auge zu sein.

Der tschechisch-polnische Vertrag.

Sonntag abends unterzeichneten Beneß und Stürmund das Abkommen der von ihnen vertretenen Eraten. Beim Souper, das zu Ehren des Ereignisses veranstaltet wurde, versicherten beide, es handle sich hier um eine Sache von großer geschichtlicher Tragweite und um den endgültigen Abschluß der zeitweise zwischen den beiden „Brüderstaaten“ aufgetauchten Mißhelligkeiten. „Gemeinsame Linie unserer künftigen Politik“, „keine Konflikte mehr“, „aufsichtige

Freundschaft und Zusammenarbeit“ —: das ungefähre war die Leitmelodie, nach welcher sich Beneß und Stürmund gegenseitig anjagten, wobei jener heißere, dieser zurückhaltendere Töne fand. Was am Vertrage wirklich daran ist, wird sich erst sagen lassen, bis die offizielle Souper- und Begleitmusik verträuscht ist und bis wir die Vereinbarungen selbst kennen lernen werden.

Kommunisten für die Beseitigung des Sowjetregimes. Die Berliner kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ schreibt über die Anerkennung der zaristischen Auslandsschulden durch die Sowjetregierung: „Damit hat die russische Regierung auch den letzten Schein ihres früheren proletarischen Charakters abgetreift. Unverkümmelt repräsentiert sie sich heute als die Sachverwalterin des in- und ausländischen Kapitalismus. Sie ist selber eine kapitalistische Regierung geworden. Daraus folgt, daß wir keinerlei Interesse mehr für ihre Existenz als Sowjet-Macht ausbringen können. Im Gegenteil, wir haben vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes sogar das dringende Interesse, daß diese „Sowjet“-Regierung so rasch als möglich von der Bildfläche verschwindet. Die Illusionen der westeuropäischen Proletarier, daß Rußland noch einen Stützpunkt der proletarischen Revolution darstelle, müssen nun endlich und gründlich beseitigt werden. Vor allem wird es Zeit, daß die Dritte Internationale angegliederten Arbeiter Klarheit darüber erlangen, welche Rolle ihnen von Moskau zugemutet wird. Wenn sie wüßten, daß die Dritte Internationale nur noch die Aufgabe hat, Propagandaarbeit zu leisten für den Aufbau des russischen Kapitalismus und gleichzeitig damit die Verhinderung der proletarischen Revolution in Westeuropa zu betreiben, so würde die Zauberformel Moskau sich sehr bald in etwas anderes verwandeln. Dann werden sie mit uns einsehen müssen, daß nur der Sturz dieser Regierung die Bahn freimacht für eine neue Epoche der proletarischen Revolution in Rußland und Westeuropa zugleich.“ Für die Verwirrung im kommunistischen Lager ist diese Äußerung bezeichnend.

Tages-Neuigkeiten.

Alois Senefelder.

(Zu seinem 150. Geburtstag.)

Ein Menschenleben, vielen unbekannt: Sein Name wird mit Gutenberg genannt.

Die Götter waren im Olymp versammelt und überhahn der Menschen Heines Kun.

Es muß ein höherer Satzung in diese Leute, sprach Zeus von seinem Thron, und zwar noch heute!

Ich hab das Meer gemacht, und Neßenburgern, die Wundergärten Indiens, die Nordwest, und den Affenwald im Arabienland...

Was aber, Freunde, sieht der Arbeitssmann, im Kohlenhacht, im Lärmen der Fabrik, von meiner Welt? Da hab ich Paradiese ins Land getrent und abgrundtiefe Schluchten mit eigener Hand in das Gedig gerissen — und keiner kann es wissen. Sieht wohl wer, der fromm in Sachsen seiner Grändel baut, wie in Brasilien Kolossale wachsen und Kaffeeböhren, wie? Es wär' ein Sundeleben, hätt' ich ihm nicht den Gutenberg gegeben, daß man's aus diesen Büchern lesen kann. Doch, meiner Seele! So kanns nicht weiter geht!

Sie müssen's auch in bunten Bildern seh'n, in Sonnenfarben groß und lautenfroh

Alt und Tom schischel. Ungeprüfte musikalische Eindrücke hinterließen auch die beiden nächsten volkstümlichen Musiknachmittage; ersterem bestritt der ausgezeichnete jugendliche Geiger Schneiderhann, während das Programm des letzten in den Händen des Dresdner Kammerjägers Rüdiger lag der im Vereine mit unserem Landmann Dr. Chig bereits in der vorigen Konzertsaison erfolgreich bei uns debütiert hatte und uns auch diesmal wieder eine ganze Reihe Herz und Gemüt erfreuender, aus dem nie versiegenden Brunnen des Volksliedes geschöpfter „heiterer Lieder aus alter Zeit“ beehrte. Konzertdirektor Dr. Zemanek hatte auch mit den beiden letzten Kammermusik-Abenden des Rose-Quartetts einen vollen künstlerischen und äußeren Erfolg zu verzeichnen. Mit vier der schönsten Quartette und den Trios op. 1. Nr. 3 und op. 70, Nr. 1, bei welsch letzteren Kapellmeister Zeil begeistert und begeistert am Flügel mitwirkte, fand damit der Beethoven-Quartett- und Trio-Zyklus seinen vorläufigen würdigen Abschluß.

Um bei den deutschen Konzertveranstaltungen zu bleiben, sei des Kantatenkonzertes des evangelischen Gesangvereins gedacht. Unter seinem strebamen Dirigenten Karl Nowak geht dieser immer mehr die Aufmerksamkeit auf sich lenkende Volkserzieher seinen künstlerischen Weg. Seine Kirchenkonzerte können unsere musikbedürftigen deutschen Mittelstands- und Volkstreffen

mit Rot und Grün und Blau und Violett... — Wenn ich nur den Erfinder dazu hätt!

Trat einer hin vor seinen Himmelsthor: Ich bin so einer, und ich lönn' das schon. Ich hab schon oft, wenn du den Regenbogen in guter Laune über uns gezogen, die Farben registriert und abgewogen.

Und du bist deiner Sache so gewiß?

Ich bin der Senefelder Alois. — Bloß da, ihr Herren! Das Menschenvolk am Erden,

jezt wird es wieder munter —: Jezt geht einmal der Alois hinunter. Jezt will ich rasch die Steindruckkunst erfinden. Kopfstich'n vor Lust soll'n selbst die Farben-blinden!

Wie hat der Göttervater da gelacht! Du Nordstern, du! Daß man an dich nicht früher hat gedacht! Karl A. Mayer.

Herrliches Horthungarn! Zweieinhalb Jahre fast sind seit dem Sturz der Räteherrschaft in Ungarn vergangen und noch immer verfolgt die Horthjustiz mit allen Mitteln der Gewalt und der List diejenigen, denen man nur irgendwie eine Beziehung — und sei es die entfernteste — zu dem kommunistischen Regime nachweisen kann oder wenigstens nachzuweisen versucht. Dieser Tage erhob die Budapest „Königliche“ Staatsanwaltschaft wiederum gegen eine Reihe von Budapest Lehrern und Professoren die Anklage wegen Aufreizung, begangen zur Zeit der Proletarierherrschaft, durch Unterstützung des kommunistischen Regimes. Hätten wir die Anklagen nicht mit eigenen Augen in den Budapest Zeitungen gelesen, wir würd'n selber daran zweifeln, daß es möglich sei auf Grund so löcherlicher, aus der Luft gegriffener Beschuldigungen Aufreizungsanklagen mit der bekannten traurigen Wirkung zu konstruieren. Da wird ein Lehrer Alfons Lanzi beschuldigt, er habe den Lehrer hochgepriesen, der Lenin in seiner Wohnung verborgen hatte. Josef Stadler wird beschuldigt, die Leitung des Ordens der Schulschwester übernommen und den Kommunismus verherrlicht zu haben. Direktor Karl Szuranyi und Lehrer Moriz Siharvi sollen ebenfalls Neben gegen den Kapitalismus gehalten haben. Die Professorin Frau Otto Wal wurde unter Anklage gestellt, weil sie als Leiterin der Schule in der Köll-Zylard-uca sich dahin geäußert haben soll, daß das Universum nicht von Gott, sondern von der Natur gesept worden sei und daß, wo das Brot, dort auch das Baierland sei. Die Religion sei Privatsache und in der Schule solle nicht Religion, sondern die Revolution Gegenstand des Unterrichtes bilden. Vor Ueberreichung der Anklageschrift wurde diese Angelegenheit dem Justizministerium unterbreitet, um die Frage der Amnestierung dieser Beschuldigten zu brüngen. Das Justizministerium sandte jedoch, die Akten mit dem Bescheid zurück, daß in dieser Angelegenheit die Begnadigung nicht empfohlen werde. Infolgedessen gelangt diese Anklage demnächst zur Hauptverhandlung. Die Horthjustiz kennt keine Amnestie, keine Begnadigung für diejenigen, die sich an dem kommunistischen Regime beteiligt haben, ja sie konstruiert gegen immer neue Personen immer neue Anklagen, bringt Unschuldige, die höchstens eine harmlose Äußerung auf ihr Gewissen luden, in den Kerker oder an den Galgen. Aber für die weihen Blutsunde, die Arbeiter und Juden hingerichteten, folterten und kastrierten, Frauen und Kinder martierten und schändeten, kennt die

nicht genug empfohlen werden; hier gibt es Verlesung und musikalische Erbauung in gleicher Weise.

Im Rahmen der „Meisterabende“ der Prager Konzertdirektion hatten wir Gelegenheit, einen der bedeutendsten deutschen Lieddichter der Gegenwart, der hievoris nur wenigen Anmerkungen mehr als dem Namen nach bekannt ist, näher kennen und verstehen zu lernen: Hans Pfitzner. Leider beschränkte sich diese Bekanntheit nur auf das Gebiet der Liedkomposition, für welche Pfitzner manch wertvolles Kleinod schuf, ohne indessen besondere Wege darin zu weisen. In Beziehung zum modernen Liede gebracht, müssen Pfitzners Weisen abfallen; sie sind technisch und der Form nach veraltet. Interpretin der Lieder, die der Meister selbst am Flügel begleitete, war die Stuttgarter Sängerin Elisabeth May; eine immerhin geistvolle und gutgeschulte Sängerin, aber ohne ausgesprochene Eignung für den Konzertgesang, der eine unbedingt deutliche Wortbehandlung verlangt.

Die selbständigen Solifantenkonzerte der Berichtzeit wurden fast ausschließlich von Pianisten beherzigt: Mit zwei Klavierabenden war der Wiener Meisterpianist Sauer vertreten; schade nur, daß er sein eminentes Können vorzüglich an Werken kleineren Stiles verausgabte. Von einem ganz großen Meister sollten wir füglich auch ein Programm ganz großen Formates und vor allem reinen Stiles

Feuilleton.

Aus Prager Konzertsälen.

Als ich meinen letzten Bericht schrieb, hätte ich selbst nicht gedacht, daß sich meine düsteren Voraussetzungen über den unvermeidlichen Konzertkrach so bald schon erfüllen würden. Das Mitte Oktober im Gemeindehause angelegte Konzert „Hilfe für die russische Not“ konnte nicht abgehalten werden, weil kein Publikum erschienen war. Wenn nicht einmal mehr Konzerte für edle Wohltätigkeitszwecke insstande sind, orferwillige Hörer zu finden, wie sollen dann erst reine Kunst- und Luxuskonzerte das konzertmüde Publikum anlocken? Die Konzertsäle bieten darum immer das gleiche traurige Bild, — ganz wenige, den Stempel außergewöhnlicher Kunstereignisse tragende Fälle ausgenommen, — nämlich gährende Leere und nüchternste Stimmungslosigkeit als deren Folge. Der tschechischen Philharmonie ergeht es damit nicht besser als der Salschen, solistisch auftretenden Konzertkünstlern genau so. Wann endlich wird man einsehen, daß Prag noch lange nicht „Großstadt“ genug ist, mit Konzertveranstaltungen hazardieren zu können?

Wertwürdiger Weise zeigen bisher gerade die Konzerte deutschen Charakters in Prag in dieser Hinsicht ein erfreuliches Aussehen. Vor allem die von der Konzertdirektion Zemanek im Prager deutschen Konzertleben neu einge-

fährten volkstümlichen Sonntag-nachmittags-Konzerte, was ich im Interesse der volkstümlichen Tonkunst mit doppelter Freude und Gemuthung feststelle. Hierdurch aber scheint erwiesen, daß der Hauptgrund der gegenwärtigen Konzertagnation die im Konzertsaale herrschende Teuerung ist. Gleich das erste in der Reihe dieser Konzerte konnte vor überfüllter Saale stattfinden, und die beiden weiteren bisher abgehaltenen gaben uns die Gewißheit, in ihnen eine künstlerische Notwendigkeit für das Prager deutsche Musikleben erhalten zu haben. Bleibt Dr. Zemanek in diesen volkstümlichen Konzerten auch seinen bisher erwiesenen künstlerischen Grundsätzen treu, daß in ihren Programmen das Beste gerade gut genug ist für das musikalische Volkswohl, dann verbürgen dieselben auch in künstlerischer Hinsicht einen vollen Erfolg für den Zweck, dem sie bestimmt sind. Zunächst gab es im Reigen dieser Konzerte einen ganz prächtigen Schubert-Nachmittag; köstliche Rabinetti-stücke dieses volkstümlichsten Musikklassikers kamen hierbei zu Gehör: Die vierhändigen As-dur-Variationen, drei der schönsten vierhändigen Märche, die D-dur-Sonatine für Violine und Klavier und das herrliche Follerequintett. Daß die technische Ausführung dieses Musterprogrammes nichts zu wünschen übrig ließ, versteht sich fast von selbst, da lauter Volksliedmusiker am Werke waren: Die Kapellmeister Zeil und Dr. Teller sowie die Akademieprofessoren Schejda, Schöberl,

Grnade Horstys keine Grenzen. Der Reichsverweiser hat Samstag eine Amnestieverordnung erlassen, derzufolge diejenigen Personen begnadigt werden, die an den jüngsten Angriffen gegen die bestehende verfassungsmäßige Ordnung irgendwie teilgenommen haben. Ausgenommen sind nur die Führer der Bewegung. Horstys konnte diese Gelegenheit doch nicht vorbegehen lassen, ohne auch denen das Licht seiner Gnade leuchten zu lassen, die im christlichen Ungarn Kommunisten und alle, die ihnen nicht genehm waren, hingeschlachtet haben. „Der Gnade teilhaftig“ werden nämlich auch diejenigen, die zur Zeit der vaterlands- und gesellschaftsfeindlichen Revolutionen unter Einwirkung der allgemeinen Erbitterung und begreiflicher Enttäuschung strafbare Handlungen begangen haben. Nur Verbrecher, die aus Gewinnlust handelten, werden nicht begnadigt. Also die Schandfeste, die aus reiner Lust am Plündern plünderten, aus Mordlust mordeten, in niedriger Gier notzuchtigen und kastrierten, — sie alle werden der Gnade Horstys teilhaftig. Herrliches Ungarn . . .

Die Einführung der tschechischen Sprache an den deutschen Schulen als relativ obligaten Unterrichtsgegenstand wurde in der öffentlichen Sitzung der Turner Stadvertretung vom 24. Mai 1921 erhoben. Von dem Beschlusse wurden u. a. die Präsidien des Abgeordnetenhauses und des Senates in Kenntnis gesetzt. Vom Präsidium des Ministerrates ist nun unterm 30. Oktober 1921 dem Stadiamte Turn nachstehende Erledigung zugegangen:

„Das Präsidium des Senates der Nationalversammlung übersandte mit Zuschrift vom 20. August 1921, Nr. 2490, welche am 26. Oktober 1921 beim Präsidium des Senates einlangte, dem Präsidium des Ministerrates die durch die Stadtvertretung in Turn am 24. Mai 1921 angenommene Petition betreffend Einführung des Unterrichtes der tschechischen Sprache an den deutschen Volks-, Bürger- und Mittelschulen als relativ obligaten Unterrichtsgegenstand. Die Petition wurde mit heutigem Tage durch das Präsidium des Ministerrates dem Ministerium für Schulwesen und Volksschulen zur entsprechenden Amtshandlung abgetreten.“

Also zur entsprechenden Amtshandlung abgetreten: diese Wendung läßt erwarten, daß das betreffende Ministerium bald eine günstige Entscheidung fällt. Die verurteilten Faktoren, die deutschen Parteien der Nationalversammlung, sollten nunmehr mit aller Kraft auf eine baldige günstige Erledigung drängen. Mit dieser Zuschrift sind eigentlich auch die in letzter Zeit von anderen Gemeinden in dieser Angelegenheit gemachten Eingaben gewissermaßen erledigt.

Enthebung Studierender von der militärischen Dienstleistung. Das Rektorat der deutschen Universität in Prag hat auf mehrfache Anregung im Einvernehmen mit den parlamentarischen Mitgliefern der Professorenkollegien an das Nationalverteidigungsministerium das Ersuchen gerichtet, dahin wirken zu wollen, daß Gesuche solcher Studierender, welche eine längere Frontdienstzeit oder Gefangenenschaft durchgemacht haben und während der Vorbereitung zu den Prüfungen auf Grund der Mobilisierungsfordere einrücken mußten, um Enthebung von der Dienstleistung möglichst rasch und günstig erledigt werden. Die Studierenden, auf welche diese Voraussetzungen zutreffen, wollen ihre Gesuche gehörigen Ortes einbringen.

Die Sitzung des Reichswirtschaftsrates, die für Mittwoch, den 9. November, einberufen

war, wird mit Rücksicht auf die geänderte Lage verschoben. Die Frage des Preispreises wird in einer besonderen, von der Preisabteilung des Ministeriums für Volksernährung beauftragten Beratung, behandelt werden.

Erfolgreiche Probe mit dem Telegraphon. Samstag wurde zwischen Prag und Brünn das Telegraphon, der Apparat, der Gespräche schriftlich weiterleitet, ausprobiert. Die Proben gelangen angeblüh.

Große Siege der englischen Arbeiterpartei. Die Municipalwahlen in England, die am 1. November vorgenommen wurden, brachten der englischen Arbeiterpartei bedeutende Erfolge ein. Und die Erfolge wären noch größer gewesen, wenn nicht durch Sonderkandidaten der Arbeitlosen, der Kommunisten und sogenannte unoffizielle Arbeiterkandidaten eine Stimmenzerpflüchterung verursacht worden wäre. Einer Zusammenstellung des „Daily Herald“ über das Resultat der Gemeindevahlen entnehmen wir folgende Zahlen: In 160 Gemeinden in England, Wales und Schottland gewann die Arbeiterpartei 130 Siege, denen ein Verlust von 59 Sitzen gegenübersteht, sodas ein Nettogewinn von 71 Stimmen verbleibt. Die höchsten Gewinne wurden in Birmingham und Barnsley erzielt, nämlich je sechs Sitze. Es folgen dann Sheffield und Norwich mit je fünf neugewonnenen Sitzen.

Ueber das Hochschulwesen im Sommersemester 1920 entnehmen wir der Zeitungs-Korrespondenz des Statistischen Staatsamtes folgendes: An sämtlichen Hochschulen in der tschechoslowakischen Republik waren 27.220 Hörer eingeschrieben, um 935 Hörer weniger als im verfloffenen Semester. Davon waren 25.018 (91,9 %) Männer, 2202 (8,1 %) Frauen. Darunter befanden sich 23.131 (85,0 %) ordentliche, 3655 (13,4 %) außerordentliche Hörer. 434 (1,6 %) Gäste, Hospitanten und Frequentanten. An Hochschulen mit tschechischer und slowakischer Unterrichtssprache zählte man 19.192 (70,5 %) eingeschriebene, an denen mit deutscher 7622 (28,0 %), mit magyarischer Unterrichtssprache 406 (1,5 %) Hörer. Ueber die Nationalität der Hörer an sämtlichen Hochschulen birnat die Nr. 21 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ folgende Daten: „Unter den gesamten Hörern (27.220) gab es 16.259 (59,7 %) tschechischer oder slowakischer, 6097 (22,4 %) deutscher, 1431 (5,3 %) serbischer, kroatischer oder slowenischer, 1306 (4,8 %) magyarischer, 784 (2,9 %) russischer, ruthenischer oder ukrainischer, 675 (2,5 %) jüdischer, 366 (1,3 %) bulgarischer, 139 (0,5 %) rumänischer, 96 (0,3 %) polnischer, 29 (0,1 %) italienischer, 6 kaukasischer, 38 Hörer anderer Nationalität. Die Frauen studierten folgende Fächer: Philosophie 536 (23,5 %), Pharmazie 57 (22,8 %), Naturwissenschaft (mit Ausschluß der Pharmazie) 166 (20,8 %), bildende Künste 44 (16,3 %), evangelische Theologie 5, Medizin 685 (14,4 %), Staatsrechnungsfunde 181 (9,4 %), Handelswissenschaft 89 (4,9 %), Chemie 94 (4,3 %), Rechte 165 (4,1 %), Versicherungstechnik 8, Landwirtschaftliches Ingenieurfach 25 (2,2 %), Architektur und Landbau 13 (2,2 %), Bauingenieurfach 12 (0,9 %), Tierheilkunde 2, Maschinenbau und Elektrotechnik 15 (0,4 %), Berg- und Hüttenwesen 1, verschiedene Vorträge an technischen Hochschulen besuchten 102 (55,4 %) Frauen. Folgende Fächer wiesen keine Hochschulrinnen auf: das Kulturingenieurfach, katholische Theologie, Feldmekhanik und Hüttenwesen. Die Fakultäten und verschiedenen Abteilungen der Hochschulen wiesen im Sommersemester folgende Anzahl der Hörer mit Bezug auf einzelne Fächer auf: von sämtlichen 27.220 Hörern studierten 3990 Rechte, 1934

Staatsrechnungsfunde, 4750 Medizin, 1647 Philosophie, 769 Naturwissenschaft (mit Ausschluß der Pharmazie), 250 Pharmazie, 154 römisch-katholische Theologie, 31 evangelische Theologie, 1399 das Bauingenieurfach, 253 das Kulturingenieurfach, 585 Architektur und Landbau, 5074 Maschinenbau und Elektrotechnik. 2191 das chemische Ingenieurfach, 1819 Handelswissenschaft, 154 Feldmekhanik, 198 Versicherungstechnik, 18 Lehrfach an Mittelschulen, 76 Lehrfach an höheren Handelsschulen. 1148 das landwirtschaftliche Ingenieurfach, 396 das forstwirtschaftliche Ingenieurfach, 462 Bergwesen, 93 Hüttenwesen, 358 Tierheilkunde, 270 bildende Künste, verschiedene Vorträge an technischen Hochschulen besuchten 184 Hörer. Staatliche oder vom Staate unterstützte Musikschulen zählte man zu Beginn des Schuljahres 1920—1921 31 (darunter waren 2 Konservatorien und 1 Musikakademie) mit 7718 Schülern. Darunter befanden sich 5324 (69,0 %) Studierende tschechischer oder slowakischer, 1954 (25,3 %) deutscher, 176 (2,3 %) magyarischer, 161 (2,1 %) jüdischer, 37 (0,5 %) slowakischer, 18 (0,2 %) russischer, ruthenischer oder ukrainischer Nationalität, 48 endlich gehörten einer anderen Nationalität an.

Habsburgergüter. Die Nachrichtenabteilung des Ministeriums des Reichens teilt mit: Die Meldungen über den Anlauf der Habsburgergüter durch ein amerikanisches Konsortium sind bezüglich der Tschechoslowakei vollkommen unbegründet. Die Habsburgergüter wurden durch ein den Bestimmungen des Friedensvertrages entsprechendes Gesetz in das Eigentum des Tschechoslowakischen Staates gebracht, an welchem weder durch eine juristische noch durch eine diplomatische Intervention etwas geändert werden kann.

Teilweise Aufhebung der Beschränkungen für Auslandsreisen. Die Regierungsverordnung vom 26. Oktober 1921 betreffs Beschränkungen für Auslandsreisen wurde aufgehoben, soweit sie nicht Personen betrifft, welche der Mobilisierungsbundmachung unterliegen. Es bleibt daher bloß das Verbot für jene Personen in Geltung, die in der Mobilisierungsbundmachung angeschlossen sind. Das Reiseverbot nach Magyaren bleibt in Kraft.

Zur Wiedereinführung von Kartgeld. Das durch den Krieg verarmte Deutschland hat infolge des fast vollständigen Mangels an Edelmetallen sowie an Nickel und Kupfer seine Zahlungsmittel für den Kleinverkehr fast ausschließlich aus Papier herstellen müssen. Trotz der scheinbar unbegrenzten Ausgabe von Notgeld der Stadtgemeinden ist diese Zettelwirtschaft nachgerade zu einer Katastrophe geworden. Die schnelle Abnutzung gerade der kleinen Papierstücke macht es daher früher oder später unerlässlich, sie durch Kartgeld zu ersetzen. Dieser Aufgabe haben sich seither besonders technische Zwillingswerke in den Weg gestellt. Das Wälder Eisen- und Stahlwerk in Wälder a. d. Ruder hat kürzlich dem Reichsfinanzministerium Vorschläge zur Einführung von Kartgeld gemacht und hierfür zugleich ein Material angeboten, das alle an das Kartgeld zu stellenden Ansprüche erfüllen soll. Dieses Material ist ein von dem Wert selbst hergestelltes Aluminiumplattiertes Zink, das die folgenden, zu dem Zweck nötigen Eigenschaften besitzen soll: geringen Eigenwert, um nicht überwertig zu werden; schönes Aussehen, das nicht an Erbsen erinnert; im Verkehr von Hand zu Hand nicht schmutzend, sich nicht vorzeitig abnutzend und unansehnlich werden; gegen Beschädigung und Fälschung mindestens ebenso sicher wie Papiergeld; Herstellung des Münzmaterials im Inlande. Der Herstellungs-, d. h. Eigenwert der neuen Münzen würde etwa 10 Prozent des Nennwertes betragen. Wenngleich die Herstellung der Papierstücke billiger ist, so sind diese doch nach Abnutzung wertlos, während der verbleibende Altmaterialewert der neuen Münzen noch

4 Prozent beträgt und dieses Altmaterial wieder zu neuen Prägungen Verwendung finden kann. Wahrscheinlich würde aber durch die wenigstens teilweise Freilegung der kleinwertigen Geldzettel von 1—5 Mark und durch ihren Ersatz durch Kartgeld das so tief gesunkene Ansehen der deutschen Geldverlehrsmitel nicht unwesentlich gehoben werden und so auch Deutschlands, wenn auch nur theilweise, Kredit im Ausland gebessert.

Windschäden und -unfälle. Durch den gestrigen Sturm wurde in Prag mehrfacher Sachschaden angerichtet und auch Personen erlitten Unfälle. Die 70 Jahre alte Barbara Janda aus Smidlow wurde vom Wind umgeworfen und brach sich ein Bein. Einen ähnlichen Unfall erlitt die 77jährige Antonie Kerlka aus Bršowitz. Beide Frauen wurden ins allgemeine Krankenhaus überführt. In Prag-Reustadt riß der Sturm die Firmatafel der Firma J. Kurz und Sohn herab. Die zufällig vorbeigehende Anonie Kalbax wurde von dem herabstürzenden Brett getroffen und erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins. Auch sie wurde ins allgemeine Krankenhaus überführt. In Bršowitz riß der Wind in der Smetanagasse einen Baum nieder. Die herumliegenden Bretter trafen die Gattin des Bankangestellten Marie Prochaska aus Bršowitz am Kopf und verletzten sie schwer. Sie wurde auf die Klinik des Professors Rutula überführt. Außerdem hat der Wind noch in anderen Teilen der Stadt Schaden angerichtet.

Ein Beiträger. Der 40-jährige Schneidermeister Adolf Kratochwil aus Bystow entloste dem Rudolf Kus aus Weinderge 2.600 Kr. unter dem Vorwand, daß er ihm Stoffe liefern werde. Weiters entloste er dem Karl Welsch in Bystow 1100 Kr. für das Nähen eines Winterrocks. Er wurde dem Landesstrafgerichte eingeliefert.

Im Eisenbahnyuge bestohlen. Der Geschäftsmann Josef Stumm er aus Jolow schloß im Zuge von Prag nach Jolow am 28. Oktober ein, wobei ihm eine Börse mit 63.000 Kr., eine Strahluhr „Doga“ im Werte von 1000 Kr. gestohlen wurde.

Entschließung Des französischen Sozialistenkongresses zur Internationale.

Die auf dem französischen Sozialistenkongress angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongress nimmt Kenntnis von den feierlichen Erklärungen der Vertreter der sozialistischen Parteien von Deutschland, England, der Schweiz, Belgien, Holland, Schweden, Polen, Spanien, der Tschechoslowakei und Georgien und indem er sich zur Übereinstimmung der Auffassungen, die sich für die Notwendigkeit der Vereinigung der proletarischen Kräfte der ganzen Welt ausgesprochen haben, beglückwünscht, läßt der Kongress das Büro der Arbeitgemeinschaft Sozialistischer Parteien in Wien ein, sich mit der englischen Labour Party in Verbindung zu setzen, um mit ihr zu prüfen, unter welchen Bedingungen an die Parteien der verschiedenen internationalen politischen Organisationen des Proletariats (Wien, London und Moskau) sowie an die Parteien, die augenblicklich jeder internationalen Organisation fernstehen, ein Appell für die Schaffung eines internationalen Aktionskomitees gerichtet werden könnte.“

Das Aktionskomitee hätte die Aufgabe, die Gemeinsamkeit der proletarischen Front in allen Fällen vorzubereiten, wo politische oder wirtschaftliche aus der nationalen und internationalen kapitalistischen Unordnung entstehende Konflikte, Kriegsgefahren und imperialistische Strömungen eine rasche und gemeinsame Aktion erfordern.

Indem die sozialistische Partei diesen Vorschlag macht, ist sie sich ihrer Treue zu der auf dem Kongress in Straßburg gefassten Entschließung bewußt, welche ihr die Mission erteilt hat, den Wiederaufbau der Internationale auf der Grundlage sozialistischer, marxistischer Prinzipien zu betreiben.

Der Kongress läßt das Wiener Büro ein, im Einverständnis mit den anderen internationalen Organisationen die Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Nachrichtendienstes als Vorbedingung einer umfassenden Aktion zu prüfen.

Der Kongress läßt die parlamentarischen Gruppen der sozialistischen Parteien, die der Wiener Arbeitgemeinschaft angeschlossen sind, zur Schaffung eines interparlamentarischen Komitees für den Austausch von Dokumenten und Gesandtschaften sowie zur gemeinsamen Vorbereitung von Gesandtschaften ein, die gleichzeitig in den verschiedenen Parlamenten vorgelegt werden könnten.“

Die zur nationalen Politik gefasste Entschließung betont einleitend die unüberbrückliche Treue der Partei zu den Grundfähen und der traditionellen Taktik des internationalen Sozialismus, wie diese in der Resolution von Amsterdam, in dem Einigungspakt und in dem Beschluß von Toulouse definitiv geworden sind, und erneuert den im Jahre 1908 von dem Kongress in Toulouse einstimmig angenommenen, von Jean Jaurès redigierten Beschluß, worin die Partei als eine Partei der Arbeiterklasse und der sozialen Revolution erklärt wird, welche die Eroberung der politischen Macht zur

berlangen können. Auch Conrad Ansojge, der bedeutende Liszt-Schüler, gab einen Klavierabend, den er der romantischen Tonkunst gewidmet hatte: dieser zeigte wenigstens Stil in der äußeren Form. Sonst geht es mit Ansojges Spiel ganz merkwürdig; einmal meine ich, ihn als der besten einen kennzeichnen zu müssen, ein andermal will es mir nicht eingehen, daß der spielt, der große, gefeierte Ansojge sein soll. Künstlerlaune — Künstlerpech? Fasse ich so den Widerspruch in seiner Kunst? Als immer reiser wirkender Pianist erweist sich Walter Kerschbaum er; ganz besonders in der selten gespielten G-dur-Phantasie Schuberts. Auch der Russe Lev Sirota hatte mit einem Klavierabend verdienten künstlerischen Erfolg; der materielle blieb ihm wie Kerschbaum er verfaßt. Zu viel, zu viel... es geht eben nicht mehr! Interessant war ein musikalischer Experimentierabend des Wiener Altkünstlers Dr. Thomastik, der eine neue „deutsche“ Weise seiner Erfindung vorführte: der Erfolg war überraschend gut, namentlich hinsichtlich der Klangfülle der G- und D-Saite. Die Klangverbesserungen und vor allem Verstärkungen des neuen Instrumentes beruhen in der Hauptsache auf dem Prinzip der Resonanzfähigkeit. Wenig erbaute mich der Wiener Tenorist Piccaver mit seinem Arien- und Liederabend; die Pian- und Stillsichtigkeit seines Programmes hat mich überzeugt, daß Piccaver wie so viele seiner Kunst-

genossen vom hohen E nichts anderes sein will als der angefaunte Parodistenor.

Unter den tschechischen Orchesterkonzerten verdienen die Symphoniekonzerte der Schalschen Philharmonie in allererster Linie genannt zu werden. Unbeirrt durch die in den tschechischen Konzertveranstaltungen noch fühlbare alte Konzertunlust des Publikums hat diese ausgezeichnete Orchestervereinigung die Reihe ihrer gleich künstlerisch bedeutenden wie interessanten Symphonieabende zielbewußt fortgesetzt. Das Hauptereignis derselben im Oktober war das Erscheinen des Frankfurter Opernchefs Gustav Sacher am Dirigentenpulte. In der genialen Art des mit der technischen Materie spielenden Künstlers vermittelte er uns ein Programm, das in der Gegenfälligkeit seiner Werke die höchsten Anforderungen an das Stilvermögen des Dirigenten stellt: Mozart — Weber — Wagner in der ersten, moderne und modernste russische Musik in der zweiten Abteilung. Das Sensationswerk des Abends war Strawinskis vierteilige Ballettmusik „Petruschka“, ein symphonischer Gemälde-Zyklus von eindringlicher Realistik und echter Musikalität, eines der besten Werke der modernen symphonischen Literatur, — und eigentlich von durchsichtiger programmatistischer Gliederung. Weniger begeistert hat mich ein schwedischer Symphonieabend, der je eine Symphonie Kurt Atterbergs und Hugo Alfvens

im Programme enthielt. Beide Symphonien bieten nicht „moderne“ Musik in dem uns geläufigen Sinne und verraten auch durch nichts ihre persönliche nordische Note, so daß wir ihre Aufführung als positiven Gewinn für das Prager Musikleben buchen könnten. Ein ganz anderes musikalisches Profil zeigte dagegen der junge tschechische Reutöner Jaromir Weinberger, dessen Kunst ein ganzer Abend gewidmet war. Hier offenbarte sich schon in der Fülle melodischer Erfindung, in der originellen Behandlung von Rhythmus und Orchesterapparat ein zukunftsreiches Talent. Glücklich der Tondichter, dem Sturm und Drang musikalischer Jugendkraft zu viel des Guten eingeben! An Weinbergers tonidichterem Schaffen merkte ich es wieder, wie leicht es eigentlich Komponisten haben, die aus dem nie versiegenden Quell ihrer Nationalkunst schöpfen können. Auch unser Prager deutscher Opernchef Alex. Zemlinsky dirigierte wieder mit großem Erfolge eines der Schalkonzerte. Da Beharrlichkeit zum Ziele führt, wollen wir Meister Schalk und seiner trefflichen Künstlersehar aus ganzem mitfühlenden Musikherzen wünschen, daß es ihnen endlich gelingen möge, jene Wertschätzung und Teilnahme der Prager musikalischen Kreise zu finden, die ihnen im höchsten Maße gebührt und die auch in einem entsprechend zahlreichen Publikum zum Ausdruck kommt!

Edwin Janetschek.

Befreiung des Proletariats durch die Vernichtung des kapitalistischen Regimes und der Klassenherrschaft ersticht.

Alsdann fährt die Entschließung fort:

„Vor Stunde, da der nationale und internationale Kapitalismus sich für den wirklichen Herrschaft über die Menschheit, die Sachen und die Regierungen gestärkt ist, überall eine vermessene Arroganz zeigt und sogar versucht, den Arbeitern die wenigen Vorteile, mit denen man gebläut hat, ihre Opfer zahlen zu lassen, zu entreißen versucht, bestätigt die Partei kräftiger wie je ihren doppelten Charakter des revolutionären Idealismus und der positiven Betätigung. Bis zur völligen Umbildung der Gesellschaft, welche das Ziel der Partei ist, aber im Augenblick durch ihre Kraft nicht herbeigeführt werden kann und über deren unmittelbares Vorzeichen sie sich weigert, das Proletariat zu täuschen, wird die Partei ihre methodische Arbeit zur Befreiung der materiellen, moralischen und intellektuellen Lage der Arbeiter fortsetzen. Sie wird alle Mittel der Propaganda und des Kampfes, über welche sie zur Verteidigung und Erweiterung der Freiheiten der Arbeiterschaft verfügt, anwenden. Sie wird keine Mühe unterlassen, um dem Proletariat eine wachsende Machtstellung durch Kontrolle der Produktion und der Verteilung der durch ihre Arbeit geschaffenen Reichtümer zu verschaffen.

Zur Stunde, da die Reaktion, deren Formen gleich sind und schließlich zu dem sozialen Stillstand führen, ihre Unternehmungen gegen die mit so vielen Utopien durchgesetzten Eroberungen verdoppelt, erklärt der Kongress, daß der allein zur Verwirklichung der vollendeten Demokratie und der wirklichen Republik fähige Sozialismus die politischen Freiheiten nicht nur als ein Grundrecht betrachtet, sondern als eine Bedingung und Sicherung jeder sozialen Umwandlung und daß er diese gegen alle brutalen und scheinheiligen Angriffe im selben Namen und mit demselben Herzen wie die Freiheiten der Arbeiter verteidigen wird.“

Alsdann wird ein Programm für sofort zu verwirklichende Forderungen aufgestellt. Unter anderem wird gefordert die Sozialisierung der hauptsächlichsten, das Wirtschaftsleben beherrschenden Unternehmungen unter Anwendung von Betriebsräten sowie der Arbeiter- und Bauernkontrolle. Eine Finanzreform, welche in erster Linie die Vermögen und die hohen Einkommen belastet, Einführung eines kurzfristigen Militärdienstes entsprechend dem von Jaures in seinem Buch „Die neue Armee“ aufgestellten Grundrissen, die eine fortschreitende, allgemeine Entwaffnung anwendbar macht. Einheitlicher unangestellter Unterricht, Verbesserung der Beschäftigung.

Zur Wahlakt beschloß der Kongress die bestehenden Regeln bis zu einem neuen Kongress in Geltung zu lassen. Die Bezirke müssen an allen Wahlen teilnehmen. Im ersten Wahlgang sind die Stimmen der sozialistischen Kandidaten abzugeben. Im zweiten auf denjenigen Kandidaten, welcher die meiste Anzahl hat, den reaktionären Kandidaten zu besiegen. Zur Vermeidung einer Wahlreform ist eine Propaganda- und Agitationskampagne einzuleiten.“

Schutz den Hausgehilfen.

Die deutschen Sozialdemokraten haben im Parlament durch die Abgeordneten Jantsch Blatny, Irene Kirpal, Maria Denisich und Dr. Haas einen Gesetzesentwurf eingebracht, der sich mit der Regelung des Arbeitsverhältnisses der Hausgehilfen befaßt. Dadurch wurde eine sozialistische Verpflichtung gegen eine Arbeiterkategorie erfüllt, die bisher wegen eines Schutzes in Tarifverträgen, noch auch einen gesetzlichen Schutz fand.

Die aus dem Jahre 1865 stammende „Dienstboten- und Gesindeordnung“ ist — wenn wir sie als ein Schutzgesetz überhaupt ansprechen wollen — weit eher ein Schutz für die Hausfrauen als ein Schutz für die Dienstnehmer. Die Hausgehilfen sind dadurch ganz der Willkür, dem guten oder schlechten Willen ihrer Dienstgeber ausgeliefert. Diese Dienstboten- und Gesindeordnung, die in ihrer Ausdrucksweise ihrem Stil in ihrem ganzen Geist die Zeit verrät, aus der sie stammt, degradiert die Hausgehilfen zu Menschen zweiter Güte, schon indem sie sie der Polizeigerichtsbarkeit unterstellt. Mit Recht sagt Anton Menzger, daß kein Teil unseres Privatrechtssystems so zurückgefallen ist und so sehr an die Leibeigenschaft und an ähnliche gewalttätige Herrschaftsverhältnisse der feudalen Gesellschaftsordnung erinnert, wie das Gesindegesetz. Mit diesen Mittelalterlichkeiten soll nun unser Gesetzentwurf aufräumen.

Der Entwurf lehnt sich vielfach an den Entwurf unserer deutschösterreichischen Genossinnen vom Jahre 1919 an, verändert ihm aber unseren veränderten Verhältnissen entsprechend. Während die deutschösterreichischen das

Spannung zwischen Polen und Sowjet-Rußland.

Polen drängt auf Erfüllung der Verpflichtungen.

Warschau, 7. November. (P.M.) Der polnische Geschäftsträger in Moskau hat der Sowjetregierung heute eine Note übermittelt, worin die polnische Regierung mit Bedauern feststellt, daß die Sowjetregierung bisher keine einzige Vertragsaufgabe loyal erfüllt hatte. Die Note zählt die Vertragsbrüche auf und bemerkt, daß auch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Lage nicht gebessert, sondern eher verschlechtert haben. Die polnische Regierung muß unter solchen Umständen ihren Zweifel äußern, ob die

Sowjetregierung überhaupt fähig ist, irgendwelche eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie erwartet nunmehr von der Sowjetregierung keinerlei neue Versprechungen, sondern die sofortige Erfüllung ihrer Verpflichtungen, deren Erfüllungstermin bereits abgelaufen ist.

Polen gegen Rußland.

Warschau, 6. November. (Havas.) Nach Moskau wurde eine Note geschickt, in welcher die sofortige Durchführung der Artikel des in Riga geschlossenen Friedensvertrages verlangt wird, die bisher nicht durchgeführt oder verletzt wurden.

Große Sturmschäden in Deutschland und Frankreich.

Große Störungen im Fernsprechnetz in Deutschland.

Berlin, 7. November. Infolge der Witterungsverhältnisse sind wieder große Schwierigkeiten in den Fernsprech- und Telegraphenbetrieben im In- und Ausland durch Leistungsstörungen eingetreten. Störungen von Telegraphenleitungen bestehen im Bereiche mit Frankreich, Holland, Belgien, Italien und der Schweiz. Im Fernsprechnetz ist der Auslandsverkehr mit Wien, Prag, Budapest, Basel, Zürich, Mailand, Paris, Voss, Rom und Kopenhagen gestört. Im inneren Fernsprechnetz fehlen insbesondere die Verbindungen mit Köln, Düsseldorf, Gießen, Eberfeld und Barmen.

Köln, 7. November. Der seit gestern nachts herrschende orkanartige Sturm verursachte eine völlige Unterbrechung der Telegraphen- und Fernsprechnetze in fast allen Richtungen. Wie gemeldet wird, droht auch der Eisenbahnverkehr. Infolge der Beschädigung vieler Eisenbahnsignale mußten die Züge sehr vorsichtig fahren, teilweise auf offener Strecke stehen bleiben. Der Sachschaden in der Stadt und Umgegend ist gar nicht zu übersehen. Der Verkehr auf den Straßen ist wegen der herabstürzenden Dachabdeckungen sehr gefährdet.

Großer Sturm in Nordfrankreich und England. Paris, 7. November. (Havas.) In Nordfrankreich und Belgien wütet ein heftiger Sturm, der zahlreiche Unfälle und großen Schaden verursacht. Die Schiffverbindung zwischen Dover und Calais sowie zwischen Dover und Ostende ist unterbrochen. Einige Personen wurden getötet oder ertränkt. Ein ähnlicher Sturm soll auch in England herrschen.

Einigung im Mährisch-Silneser Revier.

Sonntag Vormittag fand eine Konferenz der Betriebsräte des Karwiner Reviers unter Teilnahme von 380 Mitgliedern der Betriebsräte unter dem Vorsitz des Revierrates Sekretärs Buda statt. Den Gegenstand der Verhandlungen bildeten die im Ministerium für Oeffentliche Arbeiten abgeschlossenen bekannten Vereinbarungen, denen zufolge die Vergütung die Förderung im November um 10 Prozent und im Dezember um weitere 10 Prozent erhöhen werden, die Lohnverhältnisse aber gleich bleiben. Die Vereinbarungen sollten bis zum 1. Jänner 1922 Geltung haben. Der Konferenz wurden folgende Eventualitäten vorgelegt: 1. Den Vereinbarungen beizuhängen und damit die Frage einzuweisen für zwei Monate dadurch zu lösen, daß in dieser Zeit der Versuch, die Krise zu befeitigen oder sie zu mildern, gemacht werde; 2. die Ablehnung der Vereinbarungen. Dann aber müßte sich die Konferenz entscheiden, ob sie sich mit dem vertragslosen Zustande zufrieden gebe und es den Unternehmern überlasse, die Lohnverhältnisse zu

regeln wie sie wollen oder ob die Vergarbeiter den bisherigen Vertrag verteidigen und ihn durch einen Streik schützen werden. Es entwickelte sich diesbezüglich eine eingehende Debatte, in die 32 Delegierte eingriffen, welche auf die mit der Durchführung dieser Vereinbarungen verbundenen Schwierigkeiten hinwiesen, sowie darauf, daß das Sinken der Förderung nicht von den Vergelerten verurteilt sei. Trotzdem sprachen sie ihre prinzipielle Geneigtheit aus, alles in ihrer Macht liegende zu tun, um die Förderung zu erhöhen und die Kohlen- und allgemeine Krise zu mildern. Hierauf wurde mit 379 gegen 7 Stimmen die Vereinbarung angenommen, mit dem Zusatz, daß den Betriebsräten ein hinreichende Vollmacht gegeben werden müsse, um entsprechende Vorschläge machen zu können und hierdurch zur Erhöhung der Förderung beizutragen und andererseits die Kontrolle über die Ergebnisse dieser Aktion zu lösen, damit die Betriebsverwaltungen dieselbe nicht irgendwie verbesen und veräußern könnten.

Sauptaugenmerk auf die Arbeitsverhältnisse des alles überwindenden Metropoles richteten und Gemeinden unter 5000 Einwohner vom Geltungsbereich des Gesetzes ausschließen, machen wir — die wir in der Hauptsache mittelgroße Provinzialstädte haben — diesen Unterschied nicht, dessen Wirrungen sich seither auch in Deutschland unangenehm fühlbar gemacht haben, nicht nur durch die Ungleichheiten an sich, sondern auch durch die Schwierigkeiten, die diese Rechtsunterschiede bei Personalmaßnahmen während des Sommerurlaubes, bei Ueberstellungen usw. mit sich gebracht haben.

Die wesentliche Änderung bedeutet aber der Umstand, daß unsere Vorlage das Dienstvertragsrecht der Hausgehilfen in die allgemeinen Regeln des Dienstvertragsrechtes des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches einordnet und dadurch gesetzlich das Dienstvertragsrecht vereinheitlicht. Auf diese Einordnung sei auch hingewiesen, wenn die Bestimmungen der Vorlage etwas dürftig erscheinen sollten, haben diese 16 Paragraphen doch nur den Zweck, für die Besonderheiten des Berufes besondere gesetzliche Bestimmungen zu schaffen.

Die ersten drei Paragraphen bestimmen über den Geltungsbereich des Gesetzes, daß es für alle Hausgehilfen gilt, auch solche, die sich mit der Erziehung von Mitgliedern des Hausstandes befassen, falls sie in die Hausgemeinschaft des Dienstgebers aufgenommen sind. Das Gesetz gilt aber auch für solche Hausgehilfen, die nicht in diese Hausgemeinschaft aufgenommen sind, wenn ihre Erwerbstätigkeit durch dieses Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird. Wenn aber die häusliche Arbeit nur im Nebenamt besorgt wird, fallen die betreffenden Dienstnehmer nicht in das Anwendungsgebiet dieses Gesetzes. So etwa die Hausgehilfen in gewerblichen Betrieben; Hotels, Gasthäusern, Pensionen, Heil-

anstalten, Sanatorien usw., die bereits durch die Gewerbeordnung geschützt erscheinen. So auch die Hausgehilfen in landwirtschaftlichen Betrieben, die ebenfalls nur nebenbei hauswirtschaftliche und in der Hauptsache landwirtschaftliche Arbeit verrichten, die von häuslicher Beschäftigung ganz wesentlich verschieden ist.

Der Paragraph vier bestimmt den Inhalt des Dienstvertrages, dessen zweiten Absatz wir wegen seiner Wichtigkeit wörtlich zitieren wollen: „Falls die vertragsschließenden Teile nicht für den Dienstnehmer günstigere Abmachungen treffen, gilt der zwischen den Vereinigungen der Dienstgeber und Dienstnehmer zustandgekommene Kollektivvertrag als Vereinbarung.“ Durch diese Bestimmung erscheint die Organisation anerkannt, die also auch als rechtlicher Repräsentant auftreten kann.

Ueber das Entgelt in allen seinen Formen: Barlohn, Kost und Unterkunft ist alles wesentliche im Paragraph fünf gesagt. Da die Hausgehilfen ihren Unternehmern — entgegen allen anderen Arbeiterkategorien — fast immer als einzelne gegenüberstehen, nie in geschlossener Zahl ihre Sache vertreten können, wie die gewerblichen Arbeiter, sie daher immer die Schwächeren sind, war es notwendig, Schutzbestimmungen gesetzlich festzulegen, daß z. B. der Lohn am Schlusse eines jeden Kalendermonates zu zahlen ist, daß die erst geschulden, hinreichend und in der Regel der der erwachsenen, ausreichenden Familienmitglieder gleich sei, eine Schutzbestimmung hauptsächlich für die Hausgehilfen der sogenannten Herrschaftshäuser, da in Haushalten des Mittelstandes ohnedies gewöhnlich ein Kind, nur ein Mädchen gehalten wird und es sich aus dem Grunde gar nicht rentieren würde, extra zu lochen.

Die Unterkunft muß hygienisch, einwandfrei und so beschaffen sein, daß sie die Gesundheit und Sauberkeit der Hausgehilfen nicht gefähr-

det. Der Schlafraum muß von innen abschließbar sein; Forderungen, die denen verständlich erscheinen werden, die wissen, wie Unterkünfte von Hausgehilfen oft aussehen.

Die folgenden Paragraphen regeln Arbeitszeit und Urlaub in einer Weise, die einestweil Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse des Haushalts, wo die Arbeit im Allgemeinen nicht so kontinuierlich und nicht so konzentriert ist wie sonstwo und die andererseits auch in das dumpfe, öde Menschenleben der Hausgehilfen einen Anteil an Freiheit und dadurch an Kultur und Lebensfreude hineintragen soll. Die Arbeitszeit darf bei Personen über 16 Jahren 11 Stunden nicht überschreiten und ist derart zu regeln, daß die Arbeit in der Zeit von sechs Uhr früh bis neun Uhr abends verrichtet und eine ununterbrochene zweistündige Ruhepause eingehalten wird. Für Dienstnehmer unter 16 Jahren gilt eine höchstens neunstündige Arbeitszeit. Nur bei ganz unaufschiebbaren Dienstleistungen darf diese Arbeitszeit überschritten werden, für diese Ueberschreitung, sowie für die geforderte Nachruhe ist Entschädigung zu gewähren. Abzw. Abzw. nachmittags nach dem zweiten Sonntag gebührt dem Dienstnehmer spätestens um drei Uhr nachmittags beginnende freie Zeit von acht Stunden, außerdem in jeder Woche an einem nach Belieben zu vereinbarenden Nachmittage freie Zeit von vier Stunden, während der er sich nach Verständigung des Dienstgebers vom Hause entfernen kann. Der Beginn dieser freien Zeit ist desfalls zwischen drei und sechs Uhr nachmittags festzusetzen, damit der Dienstnehmer noch eventuelle Einkäufe besorgen kann, aber auch einen Vortrag hören, eine Versammlung besuchen kann usw. Die Ruhezeit an diesem Tage beträgt nur eine Stunde. Bei Dienstnehmern, die zur Leistung von Diensten angestellt sind, die ihrer Natur nach eine Unterbrechung ausschließen, — Armen-, Kranken-, Säuglingspflegerinnen etwa — kann im gegenseitigen Einvernehmen eine andere Einteilung erfolgen. Mit der Urlaubsberechnung an die Hausgehilfen hat es immer Schwierigkeiten gegeben, kaum zwei bis drei Tage wußt die Hausfrau auch eine langjährige „Stube“ entbehren. Demgegenüber bestimmt dieser Entwurf, daß bei einjähriger Dauer des Dienstverhältnisses Anspruch auf mindestens eine Woche Urlaub besteht, bei zwei Jahren auf zwei Wochen, bei fünf Jahren auf mindestens drei Wochen. Während des Urlaubs hat der Dienstnehmer Anspruch auf volles Entgelt, sowohl der Geld- als auch der Naturalbezüge, wobei die Naturalbezüge in Geld abzulösen sind. Krankheitszeit oder durch Unglücksfall verurteilte Zeit darf in den Urlaub nicht eingerechnet werden.

Die Paragraphen zehn bis zwölf verfügen über die Endigung des Dienstverhältnisses.

Sehr wichtig ist die Bestimmung des Paragraph vierzehn, der, wie eingangs angeführt, die Hausgehilfenordnung dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch und dem Paragraph sechzehn, der sie den ordentlichen Gerichten unterstellt und damit eine entwürdigende Sonderstellung der Hausgehilfen gegenüber allen anderen Arbeitergruppen endlich aus dem Wege räumt, die die Herabsetzung eines ganzen Berufes bedeutete. Der Artikel 11 verlangt von der Regierung die durch Kontrollorgane ausübende Aufsicht über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.

Mit der Einbringung dieser Gesetzesvorlage erscheint eine sozialistische Verpflichtung gegen eine Arbeitergruppe erfüllt, die bisher am rechtlosen gewesen ist. Pflicht der Parteien wäre es, durch die Annahme des Gesetzes zu bekunden, daß auch die Hausgehilfen als Staatsbürger gleicher Art zu gelten haben, daß ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse mit den niederen Arbeitergruppen endlich in Einklang zu bringen sind. Die verlässlichste Stütze der ist die Mitarbeit von festgesetzten Hausgehilfenorganisationen, die mit starken Willen dieser unserer parlamentarischen Aktion Einfluß und Kraft verleihen.

Die Abtimmungsstomödie von Ledenburg.

Wien, 6. November. (Korrespondenz Herzog.) Ein Teil der Vanden in dem westungarischen Gebiet beginnt sich an der ungarischen Grenze zu konzentrieren, der größte Teil verbleibt aber in Westungarn, wo er eine rege Tätigkeit entfaltet. Das Protokoll von Venedig erklärt ausdrücklich, daß acht Tage, nachdem die Generalkommission in Ledenburg die vollständige Pazifizierung des Landes festgestellt haben wird, in der Stadt Ledenburg und Umgebung die Volksbefragung erfolgen soll. Die ungarische Regierung sucht allem Anscheine nach, jenen Teil der Vanden, der ihrem Einflusse unterliegt, zum Abzug zu bewegen, um durch die Generalkommission die Pazifizierung des Landes feststellen zu lassen und damit Oesterreich in der Frage der Volksabstimmung zu überempfinden. Die österreichische

Regierung hat den Hauptmächten und der ungarischen Regierung die amtliche Mitteilung...

Fiasko der Wiener Antisemiten.

Wien, 7. November. (Telegramm des „Sozialdemokrat“.) Der christlichsozial Antisemitenbund hat gestern eine große Versammlung...

Die irische Krise.

LONDON, 7. November. (Reuter.) Die Situation in der irischen Frage bleibt andauernd ernst.

Eine österreichische Anleihe von 250 Millionen Mark.

Wien, 7. November. Nach Berichten aus Paris wird die Anleihe von 250 Millionen Mark abgeschlossen.

Kleine Chronik.

150 Milliarden Devisen Österreichs. In der Dienststagung des Nationalrates wird die Bundesregierung das Budget für 1922 einbringen.

Ein Schiffsunglück. Dillingen, 7. November. Am Sturm und Schneeeiswehen kenterte gestern vor der Hafeneinfahrt der Dampfer „Kuhlow“.

Todesopfer des britischen Imperiums. London, 5. November. Das Gericht in Calcutta in Indien hat 38 der Teilnahme an dem Aufstand in Malabar angeklagt.

Brandkatastrophe in Budapest. Budapest, 5. November. (M.A.P.) In der Kadeck-Lafarne auf dem Ballman kam heute um 2 Uhr nachts ein Brand aus.

Frankfurt, 7. November. Zeit gliedern herrscht ein orkanartiger Sturm, der an Tödem und Fensterstößen erheblichen Schaden angerichtet hat.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Gelbe Organisationen. Die Zerlegungsbereitschaft der Kommunisten in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft hat unter anderem auch den Erfolg...

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 böhm. Gulden 3483, 100 Mark 26.40, 100 schweiz. Franken 1853, 100 Lire 409, 100 franz. Franken 796 1/2.

Kunst und Wissen.

Arbeiter-Vorstellung „Der Meineidbauer“. Anzenruber besah zeitweilen nur einen Ohrenzopf für das Volk zu schreiben, die Bühnen der Volkskunst, welcher sie einst gehört hatten.

Neues deutsches Theater. Dienstag „Agaros Kowatz“, Mittwoch Gastspiel Theater „Noral“, Donnerstag „Kubelen“.

sehen wir Thaller mit Broni Bürger sprechen, als er sie, noch im Vollbesitz seines Stolzes, vom Adamihof weist und als er unter der vernichtenden Wucht des verlorengegangenen Briefes für wenige Augenblicke zusammenbricht.

Turnen und Sport. Die Turnier sind gefallener. Sparta eine aus dem Kaufe, der von vieler Seite als inoffizieller Weltturnier...

jehtliche Leistungen. Sparta spielte mit 1 Erfassung, Schroubel statt Magal, während der Judolar Bilal bald verließ das Spielfeld...

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Resultate von Sonntag. Prag, A.D. Sportbrüder komb. gegen Gohle Prag 11:0.

Firma HEINRICH KLINGER erlaubt sich die Mitteilung zu machen, dass sie mit ihren Bureau- und Lagerräumen in ihr eigenes Haus in Prag II., Hybernská ul. Nr. 32 übersiedelt ist.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Prag II., Hybernská 7. Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen!

Lesen Sie bitte unseren neuen, illustrierten reichhaltigen Katalog Nr. 598 über kosmetische und hygienische Spezialartikel für Damen und Herren.

Bürsten, Pinsel und Reisbesen liefert in garantiert bester Qualität Brüder Zappner, Prag, Mikulasska 24.

Inserieren bringt Erfolg! bitte unseren neuen, illustrierten reichhaltigen Katalog Nr. 598 über kosmetische und hygienische Spezialartikel für Damen und Herren.

Sämtliche Druckaufträge übernimmt Lidová knihtiskárna A. Němec a spol. („Pravo Lidu“) PRAG II., Hybernská 7. : Tel. 499%.

Reserviert für: MERL & WEISS FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN PRAG, NARODNI 23a.

BERSON GUMMIABSÄTZE BILLIGER ALS LEDER